

# Posener Zeitung.

Neunundsechziger Jahrgang.

**Annoncen-**  
**Annahme-Bureaus:**  
In Posen außer in der  
Expedition dieser Zeitung  
(Wilhelmsstr. 16.)  
bei C. H. Ulrich & Co.  
Breitestraße 14.  
In Gnesen bei Th. Spindler,  
In Grätz bei L. Streissand,  
In Breslau bei Emil Habath.

**Annoncen-**  
**Annahme-Bureaus:**  
In Berlin, Breslau,  
Dresden, Frankfurt a. M.,  
Hamburg, Leipzig, München,  
Stettin, Stuttgart, Wien  
bei G. L. Baube & Co. —  
Hausenstein & Vogler, —  
Rudolph Posse, —  
In Berlin, Dresden, Görlitz  
beim „Invalidendank.“

Nr. 139.

Das Abonnement auf dieses täglich drei Mal erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 5 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Freitag, 25. Februar  
(Erscheint täglich drei Mal.)

Inserate 20 Pf. die schmalgepaltene Seite oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, finden die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgen 7 Uhr erscheinende Nummer bis 12 Uhr Nachmittags angenommen.

1876.

Abonnements auf die Posener Zeitung pro Monat März nehmen sämtliche Postanstalten zum Betrage von 1 M. 82 Pf., sowie die unterzeichnete Expedition und die Herren Distributeure zum Betrage von 1 M. 50 Pf. an. Bestellungen bitten gefällig bald zu machen.

## Expedition der Posener Zeitung.

### Amtliches.

Berlin, 23. Februar. Der Kaiser hat den Gemeinderath Ludwig Kretz, Landwirt zu Geispolshain, im Bez. Unter-Elsach, zum Bürgermeister dieser Gemeinde ernannt. Der König hat dem Novokal-Anwalt Justiz-Rath Widemann bei dem Appell-Gerichtshofe in Köln den Charakter als Ges. Justiz-Rath und dem Ober-Postdienstmiss. Brephol in Berlin den Charakter als Rechnungs-Rath verliehen.

### Neben die Wahlen in Frankreich

ergeht sich die „Posn. Blg.“ in folgender Betrachtung:

Das Land hat gesprochen und die Politik „des Kampfes“, der „moralischen Ordnung“ und der „Freiheit“ der Ultramontanen verurtheilt. Es will keinen Bußfet, keinen päpstlichen Nunzius und keinen Bischof in seine Angelegenheiten mischen sehen, es will eine fest geregelte Ordnung der Dinge, eine moderne Politik, wie sie zu den Fortschritten der übrigen Kulturröller paßt; es will Ruhe im Innern und mit dem Auslande! Das ist der Grundcharakter der Wahlen vom 20. Februar, und weil dem so, könnte Frankreich von Glück sagen und dürfen, die Liberalen wohl jubeln. Aber ein Blick auf das Elysée ist geeignet, den Neubeginn zu dämpfen; denn dort spielt noch „das Unvorhergesehene“ eine Rolle, und kein Mensch kann mit Zuversicht berechnen, was dort im Rathe der Götter beschlossen wird. Vor der Hand bleibt Bußfet wie er ist, um die Nachwahlen zu leiten und am nächsten Sonntage noch zu reiten, was zu retten ist. Viel wird es nicht sein, und doch größer wird die Enttäuschung über die schlechte Welt ausfallen, die sich gegen das sanfte Joch der moralischen Ordnung und den Syllabus aufzulehnen wagt. Sogar in Frankreich! Et tu Brute! Es ist sehr bitter für Mgr. Megila, den Erzbischof von Damaskus, der am 8. Juni 1874 zum päpstlichen Nunzius ernannt wurde und gewissermaßen wie ein altermütiger Prokonsul den Arm der Regierung lenkte. Diese Leute finden, daß die Wahlen sehr radikal, sehr roth ausgefallen sind, und insfern sind die Liberalen radikal, als sie entschlossen zu sein scheinen, dem Eingreifen der Priesterhand in die Angelegenheiten des Staates gründlich entgegenzuwirken. Aber gerade dieser Punkt kann zu heftigen Szenen zwischen den Kammern und dem Elysée führen, wo die klerikalen Oceanien noch immer das Ohr des Präsidenten der Republik besitzen und wo auch die Bonapartisten, die last der Wahlen verstärkten Einfluß in Anspruch nehmen und Beistand anbieten dürfen, schützen werden. Ein wirklicher Konflikt zwischen den Staatsgewalten, das könnte helfen, die Stunde bekleidungen, auf die man in Châteaubriant lautet, und auf die jetzt zumal auch die schwarzen Gesellen angebahnt hat, ihres Bleibens nicht lange mehr in dem kleinen Frankreich sein wird. Der „Frantzis“, das Kriegsgorgan Bußfet's, ruft den Republikanern drohend zu: „Wir wollen der öffentlichen Meinung nochmals anrathen, noch eine Weile kaltes Blut zu bewahren, die Lage ruhig zu überblicken und erst nach sichern, endgültigen Endrücken ein Urtheil zu fällen.“ Der „Frantzis“ erwartet auch heute noch, daß dem linken Zentrum jetzt endlich die Augen aufgehen und es sich um den Marschall mit den mähvollen Konservativen aller Farben scharen und eine große Phalanx des Widerstandes bilden werde, um die sozialen Prinzipien und die öffentlichen Freiheiten vor dem Untergange zu bewahren. Die öffentlichen Freiheiten der Ultramontanen natürlich zuerst!

Das Bußfet vier Mal durchfiel, entricht dem „Univers“ den Stolzlecker: „Das ist mehr als eine persönliche Niederlage, das ist eine Niederlage der Regierung!“ Und so ist es in der That, und obwohl es vorherzusehen war, wundert es uns, daß das „Univers“ sich heute noch so entsetzlich überrascht bekommt. Das hat das geringe Glück des Herzogs Deutz mehr gewundert: er hat sich wirklich als Staatsmann gezeigt und doch keine Gnade vor seinen Wählern gefunden. Nicht minder entrüstet ist das Univers über Gambetta's Glück: „Herr Gambetta wurde vier Mal gewählt, in Paris, Marseille, Bordeaux und Lille, und er hat in diesen vier Städten fast ohne Kampf gesiegt.“ Und Gambetta heißt: „Vertreibung der Jesuiten! Er hat sich in seinen Wahlkreisen verpflichtet, man werde den Ultramontanen auf die Finger klopfen, wenn die Republik den Sieg davontrage. „Eins scheint bereits gewiß,“ führt Univers fort, „nämlich daß die republikanische Partei eine starke Majorität haben und daß diese Majorität radikal sein wird“ nämlich gegen die Jesuiten radikal. Kurz und bündig ist der Rath, den Bißt den Thron-Präsidenten und ihren Verfechtern giebt: „Angesichts der konstitutionellen Majorität, welche der Senat, und der republikanischen Majorität, welche die Assemblée erhält, bleibt den Monarchen nur eine Wahl, ihre betreffenden Dynastien aufzufordern, sich nunmehr ein für allemal ins Privatleben zurückzuziehen.“ Die Auf-

gabe der neuen Kammern ist groß; werden sie den Ansprüchen, die das Land an sie macht, gewachsen sein? Im Ganzen erscheint die Auswahl der Intelligenz und Erfahrung, über die das Land verfügen kann, unter den Siegern der beiden Kammern. Vor Allem gilt es, wie Bien Public und République Française andeuten, nicht bloß zu schaffen, sondern auch wieder abzuschaffen; es gilt, die Unterrichtsfrage, die Steuerreform, die Armeereformen, die Eisenbahnfragen, die Gerichtsvororganisation u. s. w. von Neuem vorzunehmen, und namentlich eine Umgestaltung der gesamten Zivil-, Straf- und Handelsgesetzgebung nach den Bedürfnissen der modernen Verhältnisse vorzunehmen oder doch anzubahnen.

Die halbamtliche „Provinzialkorrespondenz“ gibt heute in einem Leitartikel mit Bezug auf die jüngsten Debatten im Abgeordnetenhaus Aufschluß über die Stellung des literarischen Bureaus und die Aufgaben der „Provinzialkorrespondenz“ selbst. Wir entnehmen dem Artikel das Folgende:

Das literarische Bureau hat eine zweifache Aufgabe: dasselbe soll einerseits die Regierung über den Gang der öffentlichen Meinung, soweit dieselbe sich auf dem Gebiete der Presse äußert, regelmäßig informiren; — es soll andererseits die Bevölkerung über die Auffassungen, Absichten und Schritte der Regierung zuverlässig unterrichten.

Zur Erfüllung der ersten Aufgabe, der Information der Regierung, werden im literarischen Bureau aus allen größeren preußischen und deutschen und einigen der wichtigsten fremden Zeitungen tägliche Berichte in Originalauszügen zunächst für Se. Majestät den Kaiser und König, ferner für die einzelnen Ministerien und sonstigen Centralbehörden, je nach den Bedürfnissen und Anforderungen der verschiedenen Reichslands gesondert, zusammengestellt. Es walzt dabei grundlegend keine politische Tendenz vor; es sollen eben die Auffassungen, Urtheile, Wünsche, Beschwerden etc. aus den verschiedensten Landesteilen in thunlichster Vollständigkeit zur Kenntnis der höchsten Stellen gebracht werden. Es liegt auf der Hand, daß eine solche Einrichtung nicht bloß für die Regierung, sondern vor Allem im Interesse der Bevölkerung wünschenswert, ja dringend erforderlich ist, um zu sichern, daß die Neuerungen der öffentlichen Meinung, und besonders Gedanken und Beschwerden thatsächlicher Natur aus allen Theilen der Monarchie auf dem kürzesten Wege zur Kenntnis der oberen Behörden gelangen. Die Zeitungsauszüge geben den Ministerien vielfach Anlaß zur Eintheilung von Ausklärungen seitens der Provinzialbehörden. Eine Durchsicht der Berichte in gleicher Vollständigkeit seitens der einzelnen Ministerien würde einen unverhütläufigen größeren Aufwand von Kraften und von Geldmitteln erfordern. — Das literarische Bureau dient den Centralbehörden auch anderweitig zur raschen Beschaffung wünschenswerthen literarischen Materials.

Was die zweite Aufgabe, die Orientierung des Publikums über amtliche Vorgänge betrifft, so haben alle größeren und ernsten Organe der Presse jeder Zeit den Wunsch gehabt, ihren Lesern neben den Berichten aus anderen politischen Kreisen auch zuverlässige thatsächliche Berichte über die Vordräge und Ausschüsse in Regierungskreisen zu geben. Die Regierung hat es ihrerseits stets für ihre Aufgabe gehalten, den Zeitungen hierzu die Möglichkeit darzubieten, indem einer Anzahl von Berichterstattern Gelegenheit gegeben wird, sich im literarischen Bureau des Staatsministeriums über die wichtigeren Vorfälle aus dem Bereich der Regierung zu unterrichten, besonders zu dem Zwecke, irrtümlichen Angaben entgegenzuwirken. Diese Mitteilungen, welchen zuverlässige Erkundigungen in den verschiedenen Ministerien zu Grunde liegen, können der Natur der Sache nach, zumal bei Angelegenheiten, welche noch nicht endgültig entschieden sind, nur allgemein gehalten sein; es kann sich oft nur um vorläufige Abwehr hervortretender Irrthümer, nur um eine anändernde Orientierung handeln. Schon deshalb kann die Regierung solche Mitteilungen nicht direkt und offiziell geben. Nichtsdestoweniger ist es allen ernsten Organen der Öffentlichkeit augenscheinlich erwünscht, solche Andeutungen und Fingerzeuge zu erhalten, und je mehr sich im Laufe der Jahre bewährt hat, daß bei den betreffenden Informationen strenge Gewissenhaftigkeit und Wahrheitsliebe obhalten, desto mehr haben die großen Blätter aller Parteien sich veranlaßt gefunden, Verbindungen mit den sogenannten „offiziellen“ Korrespondenten anzuknüpfen. Uebrigens sind die betreffenden Korrespondenten theils durch ihre bestimmten Seiten leicht erkennbar, theils von den Redaktionen ausdrücklich als „von offizieller Seite“ kommend bezeichnet, und es kann daher von irgend einer heimlichen oder unehlichen Beeinflussung der Presse gar nicht die Rede sein.

Diese „offiziellen“ Korrespondenten, die sich übrigens schon seit langer Zeit fast ausschließlich auf das Gebiet der inneren Vordräge erstrecken, sind ferner je länger je mehr auf die Mittheilung von Thatsachen und die kurze thatsächliche Andeutung der Gesichtspunkte der Regierung beschränkt worden, wozegen die Darlegung und Vertretung der Auffassungen der Regierung vorzugsweise der „Prov. Korr.“ vorbehalten worden ist.

Die „Provinzial Korrespondenz“ ist ausdrücklich und anerkanntesten dazu bestimmt, die Bevölkerung in weiteren Kreisen über die Stellung der Staatsregierung, zu den wichtigeren politischen Fragen zuverlässig aufzuklären. Dieselbe enthält deshalb vor Allem die wichtigsten politischen Erklasse der Regierung, sowie die Erklärungen der Minister bei erheblicheren parlamentarischen Verhandlungen möglichst vollständig und im Wortlaut; — sie erläutert ferner in kurzen Berichten die Stellung der Regierung zu den Vordrägen im Parlamente; — sie gibt endlich eigene Darlegungen vom Standpunkte der Regierung über die schwierigen Fragen, sowie entsprechende Aufsätze aus anderen Blättern.

Es wird nun in der „Provinzial-Korrespondenz“ weiter ausgeführt, wie es in den Wesen und Treiben der politischen Parteien begründet sei, daß die Gegner der Regierungspolitik derselben jede Sitzung in der Presse zu entziehen trachten, und daß sie die Regierungsschläger um so schärfer bekämpfen, je größer der Einfluß ist, welchen dieselben zu gewinnen scheinen. Was die Provinzial-Korrespondenz anbetrifft, so sei bekanntlich der Versuch, welchen die ultramontane Partei im Verein mit der Fortschrittspartei mache, der Regierung auf diesem Gebiete durch Streichung des Pressfonds eine Niederlage beizubringen, durch die Mehrheit des Hauses zugefügten worden.

### Deutschland.

Berlin, 23. Februar. Die heutige Sitzung des Abgeordnetenhauses dauerte 5 Stunden und war inhaltlich sehr reich. Der Mittwoch ist bekanntlich der sogenannte Schwerinstag und den aus der Initiative des Hauses hervorragenden Geschäften und Petitionen gewidmet. Die Sitzung am heutigen Schwerinstag zerfällt in drei große Theile: Interpellation Windhorst-Bielefeld über das Unterrichtsgesetz, Antrag Denzin, den Bericht der Eisenbahnuntersuchungskommission betreffend, und Antrag Birchow, betreffend die Ausdehnung der Verwaltungsreform auf die westlichen Provinzen. In allen drei Akten glänzen diesmal die Führer der Fortschrittspartei. Die Tribünen waren überfüllt. Der Abg. Windhorst-Bielefeld begründete seine Interpellation äußerst geschickt, indem er die Mahnung der Fortschrittspartei mit einer Vertrauenserklärung für den gemahnten Kultusminister verbund. Die Antwort des Ministers wurde, wie es scheint, auf der linken Seite im Ganzen mit Beifriedigung aufgenommen, da Herr Dr. Falk nur ein Jahr Aufschub verlangt und man die Schwierigkeiten, welche bei den Vorbereitungen zu bewältigen sind, nicht verkennt. — Die bedeutsame Debatte des Tages entwidete sich über den Antrag Denzin. Der Abg. Eugen Richter übernahm hier die Stellung der liberalen Seite des Hauses zu dem Bericht der Eisenbahn-Untersuchungskommission darzulegen, und er that dies — wie Lasker mit Recht sagte: in einer meisterhaften Rede, wohl eine der besten in Form und Vortrag, die er jemals gehalten. Nicht so sehr, führte er aus, um den Bericht „um Besten der allgemeinen Wohlfahrt“ nutzbar zu machen, wie es in der Motivierung des Denzin'schen Antrages hieß, set derselbe zur Verhandlung im Hause zu bringen, sondern um Mißverständnisse aufzuklären, die außerhalb des Hauses entstanden. Trefflich schilderte er den Ursprung und das Wachsthum dieser Mißverständnisse, die objektive Verleumdung, welche gegen die Gesetzgebung, die subjektive Verleumdung, die gegen die Gesetzgeber in Szene gesetzt wurde und auf die Stimmung spekulirte, welche der wirtschaftliche Krach zurückgelassen hatte. Wie in Frankreich nach der Niederlage die Theorie des „Berraths“ gespielt habe, so bei uns die Theorie des „Komplots“ zu schlechten Geschen und aus eigenstlichen Motiven. Mißverstehen werden in dieser Rede leicht eine weitere Ausführung der Gedanken erkennen, welche unser Korrespondent bei Befreitung desselben Gegenstandes in Nr. 136 der Posener Blg. äußerte. Red. der Pos. Blg.) Hierauf legte der Abg. Lasker in objektiver und überzeugender Weise die Gründe dar, die ihn persönlich abgehalten eine Diskussion des Berichts zu verlangen und stellte als Begriff derselben hin, den Bericht nicht zum Gegenstand von Anschuldigungen, sondern zur Quelle der Belehrung zu machen. Daher sei eine gründliche und eingehende Diskussion wünschenswert, der durch bestimmt formulirte Anträge eine Unterlage gegeben werden müsse, um sie fruchtbare zu machen. Auch die konservativen Redner und insbesondere Herr v. Bello-Saleste, (Rittergutsbesitzer in Hohendorf (Ostpreußen) und Saleste (Pommern), geb. 1801) der jüngste Stern der Altkonservativen, befleißigen sich einer mastvollen Haltung, wenn letzterer auch in ironischer, doch keineswegs treffender Weise auf Lasker's „tragisches Missgeschick“ hinwies, in seinen Entwicklungen fast ausschließlich Männer von Männern der konservativen Partei genannt zu haben. Mit dem von ihm angegebenen sachlichen Zweck des Denzin'schen Antrages, dem Verlangen nach einer Revision des Altien-Gesetzes, die allerdings, wie Richter bemerkte, vor das Forum des Reichstages gehört, ist die liberale Partei im Allgemeinen einverstanden. Die klerikale Partei verhielt sich bei der ganzen Debatte als schweigender Zuschauer, stimmte aber schließlich für den Denzin'schen Antrag, der vom ganzen Hause, einschließlich der Minister, angenommen wurde. — Die nun folgende Beratung des Antrags Birchow betreffs Ausdehnung der Verwaltungsreform auf Rheinland-Westfalen noch in gegenwärtiger Session gleich ganz der gleichen Debatte im vorigen Jahre. Der Minister des Innern bestritt wiederum, daß der Unterlassung einer entsprechenden Vorschrift eine prinzipielle Absehung zu Grunde liege; vielmehr liege die Schuld lediglich an der Unmöglichkeit, alle die nothwendigen Gesetzgebungs-Arbeiten auf einmal zu bewältigen. Der Abg. v. Sybel dagegen motivierte die Nothwendigkeit der einstweiligen Nichtausdehnung der Reform durch die Macht des Ultramontanismus in jenen Provinzen, welche Ausführung dann wieder, wie im vorigen Jahre, eine Widerlegung durch den Abg. Miguel zur Folge hatte. Wie damals, wurde der Antrag Birchow auch heute mit sehr großer Mehrheit angenommen.

Der 10. März dieses Jahres ist der hundertjährige Geburtstag der Königin Luise. Mit Rücksicht auf die hohe Bedeutung derselben sind — wie die „Prov. Korr.“ mittheilt — gleichmäßige Anordnungen für eine Schulfeier im ganzen Umfang der Monarchie getroffen. In allen öffentlichen und privaten Mädchenschulen soll der Unterricht ausfallen und an dessen Stelle eine Feier treten, in welcher der Geschichtslehrer oder der Dirigent der Anstalt den Schülerinnen in freiem Vortrage das Lebensbild der Königlichen Frau vorführt, welche in den Zeiten des tiefsten Leidens so opferfreudig an der Erhebung des Volkes mitgearbeitet, und allen kommenden Geschlechtern ein hohes Beispiel weiblicher Tugend gegeben hat. Wo sich die Gemeinden oder die Schulvorfördernde geneigt finden lassen, die erforderlichen Mittel zu bewilligen, sollen besonders fleißigen Schülerinnen zur dauernden Erinnerung an die Feier des Tages Prämien gegeben werden, wozu besonders Lebensbilder der Kaiserin Luise und andere auf die Zeit der Befreiungskriege bezügliche Schriften sich eignen.

nen. In den Knabenschulen, sowie in den Schulen, in welchen Knaben und Mädchen gemeinsam unterrichtet werden, soll die Feier an die Stelle der beiden letzten Unterrichtsstunden des Vormittags treten. Beijglich der Schullehrer-Seminarien, sowie der höheren Lehranstalten werden entsprechende Anordnungen getroffen werden.

— Ueber die Auslegung des Gesetzes vom 20. Juni v. J., betreffend die Vermögensverwaltung in den katholischen Kirchengemeinden, hat, wie der „Staatsanzeiger“ meldet, der Minister der geistlichen A. Angelegenheiten sich in einem Birkarrestscript vom 8. d. M. dahin geführt, daß, wenn im § 21 a. a. D. in den dort angegebenen Fällen die Beschlüsse des Kirchenvorstandes von der Zustimmung der Gemeindevertretung abhängig gemacht sind, die selbstverständliche Voraussetzung dabei sei, daß die Bildung einer Gemeindevertretung überhaupt stattgefunden hat. Set dagegen gemäß § 35 des Gesetzes der Fall der Gemeindevertretung genehmigt worden, so falle naturgemäß auch das sonst vorgeschriebene Erfordernis der Zustimmung der Gemeindevertretung zu den Beschlüssen des Kirchenvorstandes hinweg. Die besonderen Bestimmungen im § 36 des Gesetzes haben deshalb getroffen werden müssen, weil es sich in den Fällen der §§ 7 und 34 nicht um eine Zustimmung der Gemeindevertretung zu Beschlüssen des Kirchenvorstandes, sondern um Beschlüsse handelt, welche die Gemeindevertretung allein zu fassen hat. Für diese Fälle müßte beim Fall der Gemeindevertretung Vorsorge getroffen werden, da sonst die Bestimmungen in den §§ 7 und 34 überhaupt nicht ausführbar gewesen wären.

— Die „Königlich. K. Bta.“ erhält vom Fürsten Putbus ein Schreiben, worin er die Behauptung jenes Blattes, die „Deutsche Eisenbahntag.“ (die bekanntlich zur Spezies der Revolverpresse gezählt wird) „sei mit Hilfe des Fürsten Putbus, des Prinzen Biron von Kurland und des Geh. Ober-Rat. Wagners gegründet worden, um Rache wegen der Enttäuschung des Gründungsschwindels durch den Abg. Lasker zu nehmen,“ für seine Person als jeder Begründung entbehrend bezeichnet.

— Der in Leipzig erscheinende sozialdemokratische „Volksstaat“ führt in einer seiner letzten Nummern mit Seitenangaben den Beweis, daß der Minister des Innern Graf Eulenburg sämtliche, in seiner großen Rede über die Sozialdemokratie enthaltenen Blätter aus einer von dem schwäbischen Landpastor Richard Schuster 1875 herausgegebenen Broschüre: „Die Sozialdemokraten, nach ihrem Wesen und ihrer Agitation quellenmäßig dargestellt“ entlehnt hat. „Für wie ungewöhnlich unwissend — spottet der „Volksstaat“ — der Herr Minister die liberale Majorität des Reichstags halten muß, geht daraus hervor, daß er der festen Überzeugung ist, ihre Mitglieder hätten noch weniger als eine einzige Broschüre über die sozialistische Bewegung gelesen, sie wüßten noch weniger davon, als er.“

— Der Gymnasial-Lehrer a. D. Franz Nohleder hat sich, der „Volks-Bta.“ zufolge, jetzt an den Abgeordneten für Friedeberg-Arnswalde, Schmidt (Reich), und den Abg. Prof. Birchow gewandt mit dem Ersuchen, dahin wirken zu wollen, daß aus der Mitte des Hauses die Frage an das preußische Staatsministerium gerichtet werde, „wie dasselbe den in der Disziplinarsache wider den Lehrer am Provinzialinstitut zu Friedeberg R. M. gefassten Besluß den Artikeln 4, 12, 14 und 27 der Verfassung gegenüber zu rechtfertigen gedenke.“ Die Angelegenheit wird jedenfalls beim Kultus-Estat zur Sprache gebracht werden.

— Die Konferenz der Delegirten der Seefahrstaaten ist, wie von hier geschrieben wird, wieder zusammengetreten, um den in der Zwischenzeit von dem engeren Ausschuß ausgearbeiteten Gesetzentwurf über die Errichtung von See-gerichten zu berathen. Die Einsetzung dieser Behörden soll nach Maßgabe des Reichsgesetzes in den bedeutenderen Küstenplätzen seitens der Regierungen der Seefahrstaaten erfolgen. Die Einsetzung dieser Seefahrtbehörden soll nach Maßgabe des Reichsgesetzes in den bedeutenderen Küstenplätzen seitens der Regierungen der Seefahrstaaten erfolgen. Gegen die Entscheidungen

dieser Landesbehörden soll die Berufung an eine Reichsbehörde als Reichs-Oberseegericht gestattet werden. Die Kompetenz dieser Behörden würde sich auf die Untersuchung aller Seefälle deutscher Schiffe erstrecken und auf die Untersuchung solcher Seefälle fremder Schiffe, welche innerhalb der deutschen Seegrenze sich ereignen. Die notwendige Folge eines solchen Gesetzes würde die Aufhebung der im Jahre 1869 mit England getroffenen Vereinbarung sein, derzu folge Seefälle deutscher Schiffe in den englischen Gewässern auch dann der Untersuchung seitens der englischen Behörden unterliegen, wenn die Unfälle sich außerhalb des dreimeiligen Küstenraums zugetragen haben. Dem Nebenstand, daß deutsche Schiffsführer in solchen Fällen einer fremden Gerichtsbarkeit unterliegen, würde dadurch zum Theil wenigstens abgeholfen werden. Vollständige Abhilfe wäre nur durch Einsetzung internationaler Seegerichte zu erzielen. Zu einer Vereinbarung mit England in diesem Sinne ist indessen wenig Aussicht, nachdem die englische Regierung einen derartigen Vorschlag Frankreichs seiner Zeit ablehnend beantwortet hat.

München, 21. Febr. Das königliche Militärbezirksgericht München verurtheilte dieser Tage einen Unteroffizier, der seine Untergaben in unglaublich roher Weise mishandelt hatte zu 2½ Jahren Gefängnis und zur Degradation. In der Verhandlung entschuldigte derselbe sein Vertragen damit, daß ein anderer Unteroffizier seine Rekruten noch „viel mehr“ mishandelt habe!

### Italien.

Rom, 19. Febr. Die „Ital. Nachr.“ melden: „Der Kardinal Hohenlohe kam gestern von Tivoli hierher, hatte eine lange Unterredung mit Antonelli und machte danach auch dem Papste einen Besuch. Was da verhandelt worden ist, können wir natürlich nicht sagen; als der Kardinal Hohenlohe aber den Papst verließ, sagte er zu dem Prälaten, der ihn begleitete: „Die Sachen stehen nicht so schlimm, als man glaubt.“ — Nach der klerikalen „Rome“ soll in der Mitte des März wieder ein Konsistorium zur Präkonfirmation der Bischöfe und Erzbischöfe von Wien, Lyon, Bourges, Evreux u. s. w. gehalten und sollen dabei auch die üblichen Ceremonien (der Mundschließung &c.) an dem Kardinal Ledochowski vollzogen werden.

Kardinal Ledochowski wird am 2. März hier erwartet. — Gleichweise verlautet, daß am 10. März ein Konsistorium abgehalten wird.

### Vom Landtage.

#### 12. Sitzung des Abgeordnetenhauses. (Schluß.)

Berlin, 23 Februar. Im Fortgang der Berathung über den Antrag Denzin ergriff nach der mitgetheilten Rede des Abg. Richter (Hagen) das Wort der Abg. Lasker: Meine Herren! Die Rednerliste hat diesmal einen Fausfall gespielt, an dem ich vielleicht mit Schuld bin. Ich hielt es für selbstverständlich, daß meine Melung zum Wort nur für den Antrag gelten könnte, habe aber vielleicht unterlassen, es anzugeben; weshalb ich unter die Gegner gesetzt bin, weiß ich nicht, vielleicht, weil ich bis heute keine Veranlassung genommen habe, auf die Verhandlung dieses Gegenstandes einzutreten. Jedenfalls hat mein Mitglied des ganzen Hauses ein solches Interesse wie ich daran, daß über die Ergebnisse der Untersuchungskommission hier verhandelt werde. Den Grundfaß halte ich fest, daß jede öffentlich gegen Personen gerichtete Anklage, die mit der Privatmoral in Verbindung steht, zugleich für denjenigen, der die Anklage erlebt, die Rothwendigkeit schafft, sich zu reinigen von dem Vorwurf einer unwahren Anschuldigung und den vollen Beweis zu bringen. Diesem Grundsatz folgend, muß es mir lieb sein, daß vor dem ganzen Lande klar werde, ich stecke hier heraußfordernd gegen jedes Mitglied des Hauses, ob es den Vorwurf gegen mich zu erheben vermöchte, ich hätte etwas behauptet, was ich nicht bewahrheitet habe, und ich sage dies mit großem Nachdruck, da in der sonst dankenswerthen Begründung des Herrn von Denzin sich eine Stelle befindet, die mir unbedeutlich geblieben ist. Er sagte nämlich, daß er auf den persönlichen Theil des Berichts um deswegen nicht zurückkommen wolle, weil er aus den Beweisen nicht sehe, daß ihnen Folge gegeben werden könne. Das ist etwas oraefalhaft, und ich möchte den Herrn Antragsteller bitten, sie näher noch zu erläutern. Wenn er damit sagen will, daß ihm der Beweis im Bericht nicht vollständig sei, so wird er einen materiellen Punkt anzugeben haben. In der Kommission fassen Mitglieder der verschie-

densten Parteien, und das konservative Mitglied Herr v. Kölle wird meine Gründe bestätigen müssen oder sie widerlegen, ihn rufe ich auch zum Zeugen an gegen Anschuldigungen, als ob ich gegen meine Partei anders vorgegangen wäre, wie gegen die andern: ich habe ausdrücklich gegen Schluf der Untersuchung protestiert, bevor nicht alles klar liege. Wie sehr auch in der Presse Jahre lang Verdächtigungen gegen mich geschleudert sind, so habe ich sie nicht beachtet mit der Geduld, daß einmal der Tag kommen würde, an welchem ich öffentlich dem Lande zeigen könne, wie leichtfertig und wahrheitswidrig jene Berichte erschienen sind. Trotzdem habe ich zur Verwirklichung nichts gethan, damit es nicht ausgehe, als ob ich erwünscht, durch meine Initiative zu Verhandlungen zu drängen, welche im überwiegenden Maße auf Personen anderer Parteien einfluß haben sollten. Diese Entlastung ist aber wieder so ausgebeutet worden, als ob ich die Verhandlungen zu scheuen hätte. Als daher der Antrag von Seiten des Abg. Denzin kam, war ich außerordentlich zufrieden, daß aus der Mitte dieser Bänke der Wunsch hervorgeht, eine solche Verhandlung zu führen, aus welcher, wie ich hoffe, hervorgehen wird, daß auf diesem Sitz nichts zum Nachtheile der Menschen gesprochen ist, als nur, um im öffentlichen Interesse auf vorhandene Schäden hinzuweisen: Wenn der Abg. v. Denzin etwa meint, daß, obwohl die Thatsachen erstickt sind, dennoch kein Material für eine criminalrechte oder disziplinarische Untersuchung vorliegt, so kann ich ihm nicht beitreten. Wenn nämlich die Thatsachen den Gerichten unterbreitet werden, so glaube ich, daß Grund zur Untersuchung vorhanden sein würde, von der jetzt Abstand genommen ist aus Gründen, die mir nicht bekannt sind, vielleicht wegen sonstiger technischer Gründe. (Hört! Hört!) Wenn ich schon vor zwei Jahren als Antragsteller mich nicht hervorbringen wollte, den Bericht auf die Tagesordnung zu bringen, so schien mir in diesem Jahre diese Zurückhaltung geboten aus den von dem Abg. Richter entwickelten Gründen. Ich weiß ja, daß diejenigen, die jetzt die öffentliche Meinung aufregen mit unbestimmten Gerüchten, daß diesjenigen, die einen Zustand ganz allgemeiner Entartung darbieten wollen, sich sehr gern an meine Radfahrt hängen. (Heiterkeit.) Von jener Seite wird an mich appelliert, die begonnene Arbeit auch fortzusetzen. Aber vergewissern Sie sich nur die Verschiedenheit der Situationen. Ich habe die Anregung wegen des damals sehr unglücklichen Treibens im Lande zu einer Zeit in diesem Hause begonnen, als jenes Treiben in vollster Kraft war, nicht erst im Februar 1873 und nicht erst bei den Verhandlungen über die Eisenbahnen, sondern schon im Dezember 1872 bei der ersten Sitzung des Staats, als der Herr Finanzminister röhmt, daß wegen des großen Aufschwungs im Lande der Ertrag der Stempelsteuern ganz außerordentlich steigt, habe ich gerade diesen Zustand als den beispielhaftesten bezeichnet und gewünscht, daß die Regierung so viel als möglich jene Verhältnisse zurürfordere. Ich forderte den Finanzminister auf, die Staatsanwälte darüber wachsen zu lassen, daß nicht diese betrügerischen Vorgänge öffentlich vor dem Lande ohne Verfolgung bleiben. Damals antwortete mir der Justizminister, er wisse gar nicht, daß Derartiges vorgehe, er habe noch keine amtliche Kenntnis von diesen Dingen erhalten, und jeder, der sich belastet fühlt, möge seine Sache selbst wahrnehmen. Damals schon sagte ich in meiner Rede: Mit der Privatmoral der Personen beschäftige ich mich nicht, das sei eine Aufgabe, welche das ganze Land in sich durcharbeitet müssen, und kein Gegenstand parlamentarischer Verhandlung. Wo aber die Handlungen aus dem Gebiete der Privatmoral herausstreiten und gegen das öffentliche Recht verstossen und zur öffentlichen Rasse wie schwer auch die Dinge demjenigen fallen, der sich damit beschäftigt. Ich versichere Sie, daß mir noch kein Theil meiner parlamentarischen Tätigkeit so saner geworden ist, wie dieser. Ich habe sodann diese Angelegenheit besonders mit Rücksicht auf das Eisenbahnen weiter verfolgt, indem ich die Misstände im Reichstag zur Sprache brachte. Das ganze damals herrschende System im Eisenbahnbau war so vernichtend für den Nationalwohlstand, daß als noch die Vertreter desselben als Wohlthäter gesegnet wurden, gegen sie der Muin in diesem Zweige der wirtschaftlichen Entwicklung bereits unvermeidlich besiegt war. Der Bericht der Untersuchungskommission wird auch eine Lehre für die Zukunft geben, daß nicht, was dem oberflächlichen Sinn augenblicklich nützlich scheint, in Wahrheit nützlich ist, daß eben nur thörichte, nicht weithinnde Intelligenz sich von dem Strudel der Tagesmeinung entziehen lassen, während der besonnene Staatsmann über die paar kurzen Tage hinwegsehen und auch die weiteren Folgen in Betracht ziehen muß. Wenn ich sage, daß ich den Antrag mit Freuden begrüße, so sind es natürlich nicht persönliche Momente allein, welche mich mit Befriedigung erfüllen; wenn persönliche Motive und öffentliches Interesse sich gegenüberstehen, so würde ich mich für das letztere entscheiden; aber auch nach der letzteren Richtung hin, welche der Abg. Richter heute so meint,

Sympphonie-Konzert.

Das vorigestrig (neunte) Symphonie-Konzert war wiederum reich an Nobilitäten, von den 6 Nummern hatte nur die „Teil“-Ouvertüre schon einmal im zweiten diesjährigen Konzerte auf dem Programm gestanden. Außer genannter Ouvertüre, die eröffnete, brachte der Abend noch die Ouvertüre zum „Sommernachtstraum“, von Mendelssohn, Variationen über ein Originalthema von Wuerst, Rêverie von Bieux temps, Träumerei von Schumann und zum Schluss die G-dur-Symphonie (3) von Haydn, bekannt als die Symphonie mit dem Paukenschlag. Am besten gespielt wurde jedenfalls das Schumann'sche Stück. Es ist eine für Streichquartett gesetzte Transkription des bekannten Klavierstücks aus den Kinderszenen. Hier hat die Transponirung für Violinen ihre volle Berechtigung. Das Elegisch-Schwärmerische findet im langgezogenen Bogenstück leichtere Interpretation, als sie der sangliche Pianist Spieler den Tasten entlocken könnte. Das Stück mußte auch auf lebhaftem Wunsch wiederholt werden. Die Rêverie von Bieux temps, dem bekannten Violinvirtuosen und hochgeschätzten Komponisten, ein stimmungreiches Orchesterstück, man könnte es „Konzert für Streichinstrumente“ nennen, fand eine durchweg gute und präzise Wiedergabe. Auch Wuerst's, des bekannten Berliner Musikkomitees und Kritikers Variationen, ein gehaltvolles, interessant harmonisiertes Werk gefiel sehr, namentlich exzellirten in der vorletzten Variation die Violinen. Nicht ganz klar und rein spielte sich stellenweise die Mendelssohn'sche Ouvertüre ab; hatte vielleicht die feuchte Witterung den Saiteninstrumenten eine kleine Heiserkeit angelängelt? Die Ouvertüre zählt zu den schwierigsten nicht nur Mendelssohn's sondern ihrer Gattung überhaupt.

Den Schluß des Abends bildete Haydn's Symphonie. Das Werk, den meisten der Anwesenden ein liebes, altes bekanntes, war einer warmen Aufnahme sicher. Und so übte es denn auch bei der guten Durchführung seitens des Orchesters seinen alten Zauber aus. Der Saal war wie immer dicht gefüllt.

sofort in längst überliefelter Vorstellung, wenn der Name „Neapel“ ausgesprochen wird.

Aber der Zauber der stümlichen Wahrnehmung wirkt doch immer wieder sehr mächtig. Ich war kein Neuling mehr am Gestade der Sirenen, dennoch blieb ich, als ich an einem sommerlichen Wintertage den Corso Vittoria Emanuele herabstieß, oft stehen, um für das Gedächtniß Bilder einzuhauen. Neben die plattdachigen Häuser hin und über die Kuppeln sah ich tiefes Feigengäß, sonnenglänzende Orangenbäume voll von Früchten, Pinien, das Meer und den Besuv. Dann stieg ich nach Santa Lucia hinauf, schaute den Fischern zu, die auf schwanken Kähnen im Meere hantirten, entweder von moosbewachsenen Steinen kleine Muscheln ablösend oder mit der Harpune auf einen Fisch im klaren Wasser lauernd. Es war wieder Neapel, wie es im Buch steht, und auch die weißen Segel fehlten nicht, die man auf jedem Farbendruck unten vor der Blaue des Besuv angebracht findet.

Santa Lucia, im bekannten Volksliede das „Reich der Fröhlichkeit“ geheißen, hat seinesgleichen nicht auf Erden. Darum setzte ich mich auf den Stuhl eines Austenhändlers und ließ zu seiner Waare aus einer gegenüberliegenden Schanke schwarzen Wein holen. Denn in das „Restaurant“ am Meere, wenige Schritte von da entfernt, das die frutta di mare mit Komfort anbietet, wollte ich seiner französischen Aufschrift und der dort stets lauernden Bettlerschaar wegen nicht hinein. In Neapel muß man auch einmal auf der Straße gegessen haben, und wer nie einen Abend bei den Lazzaroni in Bial del Porto zugebracht hat, kennt das Beste nicht von der einzigen Stadt und ihren Schaustücken.

Ich sah Netze, in denen es zappelte und wimmelte, vorübertragen. Nachdem ich mich auf dem Stuhle von dem vorhergehenden ermüdenden Gange erholt hatte, ging ich einem solchen Netzträger nach, um zu sehen, wohin er seine Beute schlepp, und bei dieser Gelegenheit vielleicht den ganzen Inhalt betrachten zu können. Er ging ziemlich weit, bis zu den neuen Garten-Anlagen bei der Bildäule Coletta's. Dort fragte ich ihn, ob er mich nicht sehen lassen wolle, was er trug. Als der Mann meine Neugier wahrnahm, deutete er auf ein Haus, dem wir uns näherten, und sagte, daß er dort seinen Fang abzuliefern habe. Zugleich meinte er, daß ich Alles, was im Meere lebt, dort sehen könnte, ja daß es gerade sei, als ob ich auf dem Boden des Golfs spazieren ginge.

Ich sah die Überschrift „Aquarium“ und es fiel mir wie Schuppen von den Augen. An dieses Schauspiel hatte ich bis jetzt gar noch nicht einmal gedacht. Jetzt erinnerte ich mich an Alles, was ich über die Thätigkeit der deutschen Gelehrten in diesem Hause gelesen, und sagte mir: Der Fischer hat Recht, ein Spaziergang im Meer muß es

sein, was der Wissbegierige dort, von Kristallscheiben geschützt, zu unnehmen vermag. Selbst Paolo Moccia, den einst ganz Neapel wegen seiner Taucherkräfte bewunderte, konnte nicht gesehen haben, wo er sich hinter den großen Gläsern regt. Links und rechts die Pflanzen- und Thierwelt der Tiefe, ohne Wasserdruck und Atmung, beschwerden — das konnte in der That die wahre Wanderung im Meere werden. So beschreibe ich also einen Gang im Golfe.

Man kennt die Einrichtung der Aquarien. Der Besucher befindet sich in einem verhältnismäßig dunklen Raum und blickt in Scheiben, hinter denen Wasser flutet, dessen Oberfläche er bemerkt, wenn er sich blickt und in welches von oben herab greises Licht eintritt. Waren die Behälter von Pflanzen und Thieren leer, so würden schon die Wirkungen des Lichtes den Blick in den glegenden Raum beleben. Die Schönheit des Wassers wird nicht leicht irgendwo so genossen. Die Einbiegungen der Strahlen in die Höhlungen der Steinwände, das Aufblitzen des Kieselgrundes, die Wirbelwällungen des von oben herab einschiegenden Wassers — sie allein vermögen den Träumer zu bannen und ihn einzuladen, die lichtdurchdrückende Räume mit Gestalten der Einbildungskraft anzureichern. Erhöht wird der Eindruck durch die Durchsichtigkeit des Meerwassers, welches weit klarer erscheint als Süßwasser. Denn die Salztheile, welche in ihm aufgelöst sind, bringen die Atome des Wassers in engere Verbindung, wodurch die Durchsichtigkeit sich erhöht, wie Feder wahrnehmen kann. Der Salz in ein Glas mit süßem Wasser wirkt, wodurch dessen Volume keineswegs vermehrt wird, dagegen Klarheit sofort das Wasser durchsetzt. Denn die Zwischenräume, die früher mit Luft ausgefüllt waren, nimmt jetzt das Salz ein, macht den Körper dadurch zusammenhängender und durchsichtiger.

Schon bei einer der allerersten Scheiben erblicken wir in den hellen Höhlungen alte Bekannte. Schonlich sind sie anzusehen, das muß man ihnen lassen. Man stelle sich eine Fledermaus mit ausgespannten Flügeln als Fisch vor. Wir erinnern uns der Gestalt aus Seeromanen als des fliegenden Fisches (Dactylopterus volitans), allein wir hätten uns nie gedacht, daß das Thier, welches so widerlich ist, über die blaue Fläche empor schnellt, unter denselben so leichtlich zu betrachten sei. Da schwimmt es, nur durch die Dicke der Scheibe von uns getrennt, vorüber und öffnet den Kächen mit den perlformigen Zähnen und schaut stumpftrüdig fast mit den flachen Hornhaut seiner Augen nach dem kristallenen Hindernis.

In das höchste Erstaunen versetzt uns der Anblick des Treibens der Quallen. Es sind dies vier oder fünf soll hohe, orangefarbige Glöckchen, aus einem fast durchsichtigen, gallertartigen Stoffe bestehend. Der Rand der Glöcke unten besteht aus einem violettenblauen Streifen. Diese Glöcke befindet sich unausgesetzt in zuckender Bewegung und

### Eine Wanderung im Meere.

Das Bild des Golfs von Neapel, schreibt Heinrich Mos in der „Deutschen Bta.“, ist vulgär geworden wie ein Farbendruck. Feder hat ihn vor Augen, er mag ihn lebhaft gesehen haben oder nicht. Der sieht an der Marmorschwelle oder auf grauem Ufersande sonnende Lazzaroni, die Netze am Strand, das blaue Meer, der rauchende Besuv, die Palmen und immergrünen Büsche von Villa Reale, das ferndüstige Capri, Bacalaon und Tarantella — das Alles entsteht uns

berhaft behandelt hat, wird die Behandlung von Vortheil sein. Ich stimme nicht dem Abg. v. Denzin bei, daß die Beschränkung auf die tatsächliche Frage dem Lande dienen werde, und ich stimme auch nicht dem Abg. Richter bei, daß nur die Behandlung des ersten Theiles nützlich sein werde. Für meine Minnag in Bezug auf den letzteren kann sprechen mehrere Gründe. Erstens sind in dem ersten Theile, dem persönlichen, thätsächlich Grundlagen gegeben, in denen die Feindseligkeit des vergangenen Eisenbahnsystems und der Eisenbahnpolitik sich klar an den Thatsachen erweisen. Der erste verhält sich zum zweiten Theil, wie eine an den Thatsachen angestellte Untersuchung zu den theoretischen Schlüssen, und die Behandlung würde eine halbe sein, wenn wir nur die theoretischen Schlüsse und nicht auch die lebendigen Thatsachen berücksichtigen. Dann aber würde auch ohne diese die ganze Debatte etwas so Gewöhnliches und Frosches erhalten, daß man glauben würde, es stecke vieles dahinter, dem man gerne auf dem Wege gehen wolle, während doch ein Jeder die gründlichste öffentliche Behandlung wünscht. Endlich glaube ich, daß die Landesvertretung wohl überall den nötigen Takt finden wird, sich allein vom Interesse der Sache leiten zu lassen und die krankhaften Dinge mit der nötigen Schonung zu behandeln. Jetzt, wo kein Mut dazu gehört, anzulagen und wo man das Lande Rücksicht schuldig ist, kommt es darauf an, nicht ziellos Anklage auf Anklage zu häufen, sondern Belehrung zu geben. Anders war die Sachlage im Jahre 1872 und Anfang 1873, da der allgemeine Überperialtation durch einen kräftigen Rück Einhalt gehalten werden mußte; anders ist es heute, da alle Welt schon rückwärtig ist und wir gewissermaßen als Richter hier über eine zum Theil bereits abgeschlossene Periode. Im Untersuchungsbericht kommt dies hier zur Sprache: Wie verhält sich das System des Staatsseifenbahnbau zum Privatbau; was ist in Preußen gegenwärtig zu thun, um beides zu vereinigen; wie weit hat in Deutschland das Reich an die Stelle der einzelnen Staaten zu treten. Ich verhebe mir nicht, daß wir mit der Annahme des Antrages v. Denzin eine schwierige und zugleich verantwortliche Aufgabe antreten; denn wenn die Verhandlungen nicht die grade Bahn erhalten, welche heute mehrfach angedeutet worden ist, so fürchte ich, daß in der öffentlichen Meinung eher Verwirrung als Auflärung geboten wird. In der Behandlung der Angelegenheit ist meine Ansicht der des Herrn Abg. v. Denzin nicht ganz gleich. Der Herr Abgeordnete wünscht, daß der Untersuchungsbericht so schnell wie möglich auf die Tagesordnung folle. Wenn wir diesem Rathe folgen und schon heute über acht Tage den Gegenstand vorbringen, so wird kaum die Möglichkeit vorhanden sein zu einer gründlichen Vorbereitung der Angelegenheit; denn es ist kaum zu erwarten, daß sämtliche Mitglieder den Bericht in der Weise gründlich durchgearbeitet haben, um mit eigenem Urteil gründlich über die Sache zu entscheiden. Dazu würde mindestens ein Zeitraum von 3 Wochen erforderlich sein. Wir wollen uns bei der Behandlung keinen Zwang aufladen, aber wir wollen die Verhandlungen so führen, daß sie nicht von der viel verbreiteten Ereignis ziellos hineingetrieben werden, sondern zum Vortheil des Landes ausschlagen. Wenn dies geschieht, so hoffe ich, daß der Bericht der Untersuchungskommission etwas zu spät, aber am Ende doch zu Ehren kommen wird. (Beifall.)

Abg. Lippe: Der Herr Abg. Richter hat unsere Stellung zu dem Antrage so treffend charakterisiert, daß ich nicht nötig habe, ausführlich darauf einzugehen. Ich habe mich gegen den Antrag einzuholen lassen, nicht, weil ich demselben nicht bestimmen werde, sondern nur, weil ich die Motive desselben nicht billigen kann. Ich kann mir nicht versagen, dem Abg. Lasker meine größte Anerkennung auszusprechen, daß er den außerordentlichen Mut bewiesen hat, seiner Zeit öffentlich hier in diesem Hause Namen zu nennen und gegen sie seine Anklage zu richten. Meines Wissens ist das nur ein einziges Mal in diesem Hause geschehen und zwar vor 10 Jahren von Seiten des Abg. Zweigert im Bezug auf die Richter des Obertribunals. Wenn nun die Anklagen des Abg. Lasker nicht durch die Klärung des Berichtes öffentlich bewahrheitet würden, so würde er als Verleumder basieren, und ich denke, daß unsere Verhandlungen dem Lande Kar seine Integrität nachweisen müssen. Ich weiß nicht, ob der Abg. Denzin wirklich die Absicht hat, auf das Altien- oder Konzessionswesen zurückzutreten; wenn er es aber thut und eingehen sollte auf Personen, die ihre Verbindung am Hofe und in diesem Hause benutzt haben sollten, um Konzessionen zu erhalten, so möchte ich bitten, daß er mit derselben Gründlichkeit vorgehe, wie der Herr Abg. Lasker. Wenn er aber nur Veranlassung geben sollte, zu solchen Verhandlungen, wie neulich im Reichstag, wo ein konservativer Mitglied des Zentrums erklärte, daß jeder rechte bürgerliche Erwerb den Verdacht eines unrechtmäßigen Erwerbes erwecke, so wäre es besser, wir liegen das Ganze dem Thiere gewiß kein Unrecht thut.

Auf dem Boden bewegt sich zwischen Muscheln ein gewaltiger Meerkrebs, Astacus. Auch er ist ein Scheusal. Den langen, gespleckten Körper vorwärts schiebend, tastet er mit seinen Antennen langen, rothen, riemenförmigen Körpern, nach den Felsen, an deren rauer Fläche das von oben her eindringende Wasser in Perlenreihen zurückfließt. Doch ist dieser noch ein niedliches Geschöpf gegen den Vaterkrebs, der mit Antennen, die schier armlang sind und an Farbe wie an Dicke den neuen gelben Trieben der Weidenbäume gleichen, die Räume des hellen Gefängnisses durchforscht.

Bon quermauligen Fischen treiben sich in einer Abtheilung die kleinen Haie herum, welche der Italiener Pesci cani nennt. Sie haben die Gewohnheit, so viel lothrecht oder nahezu lothrecht zu schwimmen, so daß man die untere Seite gut betrachten kann, an welcher sich das gefährliche, hufeisenförmige Maul befindet.

Electrische Bitterfische liegen auf dem Boden und verbergen die Köpfe tief in den Sand, den man an dieser Stelle für sie angebracht hat.

Zur Abwechslung betrachten wir uns einmal einen der Goldbrasen, Chrysophrys aurata, an die sich Mancher, der auch nur in Triest oder Kiume gewesen ist, wenigstens vom Speisejettel her erinnert, wo er als Orada aufgeführt wird.

Wenn der Verfasser der "Thierwelt des neunzehnten Jahrhunderts" diese Bestie gekannt hätte, so würde er sie zum Typus des stundenlangen plumpen Leib mit Gold und Silber verziert, hat dieser Fisch einen Kopf von so wunderbar dummem Ausdruck, daß man wieder einmal an die Neigung der Fische, mitunter höhnisch Karraturen auf höhere Gebilde zu schaffen, glauben mag. Über der Verwunderung ob dieser Dummheit und der Gestalt überzeugt man den prächtigen Metallglanz, den Silberschuppen und die Goldslecken und Streifen — in der höheren Ordnung der Organismen, welche durch dieses Thier karrirt wird, ist es meist umgekehrt.

werden, so ist dies Verfahren nur geeignet, das bürgerliche Gewerbe zu verunreinigen, den Unternehmungsgeist zu schwächen und die Wirtschaft im Lande infolge des Niedergehens der Werthe nur noch mehr zu steigern.

Abg. Dr. Röckerath: Die Rede des Hrn. Vorredners war im Wesentlichen ein Panegyrikus des Abgeordneten Lasker. Was mich anbetrifft, so werde ich dem Antrage zustimmen, aber bemerkte zugleich, daß ich diese Zustimmung durchaus nicht auf die Motive ausdehne. Es kommt mir vor Allem darauf an, daß die Sache möglichst klar gelegt werde, damit nicht Missbrauch mit dem Bericht der Untersuchungskommission getrieben werden kann. Hier in diesem Hause wurde der konservativen Partei verdeckt die Mithilfeleistung am Gründerthum vorgeworfen, und wenn dies hier geschieht, was wird dann erst im Lande geschehen. Ich glaube, es liegt im Interesse aller Parteien, daß die Sachlage aufgeklärt wird, und ich bin der Ansicht, daß dies die Aufgabe der Majorität des Hauses schon früher gewesen wäre. Der Bericht ist nicht pragmatisch behandelt, und es ist daher eine Übersicht wünschenswert. In der Chronologie des Gründerthums lassen sich vom Jahre 1863 an drei große Hauptperioden unterscheiden. Die erste Periode bis zum Jahre 1867 ist diejenige, in welcher der Dr. Strousberg und Genossen vorzüglich sich um Eisenbahnkonzessionen bewarben und auch mit denselben bedacht wurden. In dieser Zeit entstanden die Berlin-Görlitzer Bahn vom Jahre 1864 und die Bergisch-Märkische vom Jahre 1867, und es fällt hierher das Gesetz des Dr. Strousberg um die Berliner Nordbahn. Man könnte vielleicht unter diesen Verhältnissen das Bestreben der Herren Bleichröder und Hansemann mit rubrizieren; denn dieselben sind den obigen ganz gleichartig. Es folgt die zweite Periode vom Jahre 1867—70, wo im Handelsministerium eine entschiedene Abneigung gegen Strousberg eintrat, und es ihm nicht gelang, auf seinen eigenen Namen die Konzession zu erlangen, sondern hoch aristokratische Namen zu Hilfe nehmen mußte. Es entstanden während dieser Periode die Bahnen Halle-Sorau-Guben und Hannover-Altenbeken. In der dritten Periode 1870—72 fanden es die aristokratischen Herren für gut, ohne Dr. Strousberg selbst zu gründen, und es tritt bei dem Minister eine entschiedene Abneigung gegen Strousberg zu Tage, so daß er sogar Konzessionen zurückzog, sobald er hörte, daß Strousberg mit dem Unternehmen in Verbindung stand. Es fallen in diese Periode zahlreiche Konzessionen zum Bau der Breslauer, der Pommerschen Central- und der Berlin-Dresdener Bahn; und außerdem ging noch eine größere Anzahl von Gesuchen ein. Es ist wohl klar, daß man nicht um der Sache sondern der Personen willen die Konzessionen erhielt. Ich kann deshalb wohl sagen, daß man dem Abg. Lasker Dank wissen muss, daß er durch seine Rede endlich einmal eine Änderung geschaffen hat. Es wäre allerdings besser gewesen, wenn schon in der Zeit, als die faulen Eisenbahngründungen des Dr. Strousberg dem Lande bekannt wurden, eingeschritten wäre, denn man muß, da doch konservative Namen genannt sind, da namentlich bei den Entschließungsreden des Abg. Lasker ausschließlich konservative Namen genannt sind, auch der konservativen Partei mindestens das zur Entschuldigung angeben, daß die Gründungen von Strousberg viel schlimmer sind als jene; die konservativen Leute waren kleine Sünder gegen jene. Ich will damit die konservativen Gründer nicht in Schuß nehmen, und ich kann sagen, daß es eine Schande für Preußen gewesen ist, daß so hervorragende Männer in dieser Weise das wirtschaftliche Interesse des Landes geschädigt haben. Ich muß weiter sagen, daß wir, die wir die Opposition im Lande bilden, wir, die wir als Reichsfeinde im Lande verschrien werden, es in der That nicht begreifen können, wenn der einflussreichste Mann des Landes mit den Männern Verbindungen unterhält, die in dieser Weise kompromittiert ist. (Hört!) Ich bin mit den Herren Abg. Lasker und Richter vollständig darin einverstanden, daß wir die Thatsachen, die in dem Berichte enthalten sind, sachlich prüfen müssen, daß der ganze Zweck unserer Verhandlung der sein muß, dafür zu sorgen, daß wieder eine wirtschaftliche Gesundung eintritt. Auch ich verweise nicht an der wirtschaftlichen Regeneration Preußens und Deutschlands. Trotz allem, was gescheitert ist, müssen wir doch gestehen, daß wir im Ganzen und Großen noch intakt dasseien. Die Deutschen sind immer die Helden der Arbeit gewesen, sowohl der ländlichen wie der geistigen. Ich erwarte, daß die sachliche Prüfung dieses Kommissionsberichts, daß die einmütige und einträchtige Arbeit aller Parteien das Ergebnis haben werden, daß das Volk wiederum mit neuem Mut sich der Arbeit hingeben wird. (Beifall rechts.)

Abg. v. Bendix: Sollte die Verhandlung über den Untersuchungsbericht, wie der Antragsteller zu hoffen scheint, wirklich eine Wiederbelebung des Privat-Eisenbahnbau zur Folge haben, so möchte ich Herrn v. Denzin in der That unter die Wohlthäter des Landes rechnen. Ich kann im Allgemeinen jedes Wort unterschreiben, welches der

Wer die römische Literatur der Kaiserzeit kennt, erinnert sich des Namens Chrysophrys aus den Darstellungen schlemmerischer Gastmäher, aus Epigrammen und Satyren.

Ein Lipfisch — ich glaube, es ist derjenige, den man zu Marseille la vieille noire nennt — erweckt in uns die Täuschung, eine blaue abgefottene Forelle herumzschwimmen zu sehen. Von diesem vulgären Schauspiel wie von dem ganzen Fischgewimmel wenden wir uns bald ab, um unsere Aufmerksamkeit den anziehenderen und für uns fremdartigeren Erscheinungen des niederer Tierlebens zuwenden.

Die Mannigfaltigkeit des höheren Tierlebens, welche das Festland vor dem Meere voraus hat, wird siegreich erzeigt durch die Lebensfülle der Krustaceen, Strahlthiere, Polypen, Mollusken. Aus mancher Abtheilung leuchtet und irrtlicht es heraus, wie aus den Wasserwüsten, die der Kapitän Nemo (dessen wunderbares Schiff sicherlich vielen meiner Leser bekannt sein wird) sah, wenn er durch seine Scheiben blickt.

Versuchen wir es, das Leben auf einer Oberfläche von nur wenigen Fuß Umfang zu schildern. Vor uns liegt etwas wie eine reise Feige auf dem Felsen. Der bauchige, dicke Theil ist unten, um den dünnen oben aber zuckt ein Kranz weißer Fasern, die sich unablässig bewegen, wie die Glocke der Medusa. Es ist eine Ultimie, eines der vielen Wesen, welche uns klar machen, wie die Brücke aussieht, die vom Ulanzen zum Thierreich hinübergeht. Neben ihr wurzelt auf dem Felsen ein bräunlicher Korallenstamm, die neuen Triebe setzen sich von den alten Zweigen schwefelgelb vor. Auf dem Grunde liegt eine Seegurke, Holothuria Regalis, ein breites, knorpeliges, warziges Ding, am ehesten mit dem Aussehen einer Mandeltorte zu vergleichen.

In diesem Augenblick erhebt sich eine Sepia und läuft unter ihrem perlmuttshilligen Knochenmantel einen weißen, seidenblinkenden Unterrock sehn. Sie bewegt sich über ein Thier hin, welches noch im vorigen Jahrhundert von der Botanik beansprucht wurde. Es ist ein Blasenpolyp, eine Sertularia, und sieht aus wie ein durrer Zweig, ein Stengel Schachtelhalm, ein Wurzelbruchstück, das auf dem Sande liegt. Aus der Wurzel sprossen die Polypen hervor, die Blüthen gleichen. Der größte Theil dieses "Leibes" ragt in eine Grotte hinein, welche dort von Felstrümmern gebildet wird, denn dieses Knoppende Gewürm liebt schattige Höhlen des Meeres. Den Eingang zur Grotte bezeichnet oben ein purpurner Stern mit fünf Armen und unten am Portale ein ziegelroter See-Igel, eine kürbisförmige Muschel, eine "Flasche" (Fiasca) und ein kleiner Wald von Mollusken, Seesedern, die wie die Araucaria Neuseelands oder wie Palmen ausschauen. Sie bestehen aus einem Schaft, oben aber treten statt der Blätter pinselartige Bähne aus ihm hervor, die sich immerfort bewegen und dem festgewurzelten Geschöpfe ein höchst seltsames Aussehen verleihen. Wäre

Kollege Richter eben gesagt hat, insbesondere stimme ich ihm darin bei, daß der Schwerpunkt der den Eisenbahnbau betreffenden Verhandlungen nicht in diesem Hause, sondern im Reichstage liegt. Ich theile auch sein Urteil vollständig über das Treiben der Agitatoren, die aus der bisher unterbliebenen Verhandlung über den Bericht Kapital zu schlagen suchen und damit besonders bei der großen Masse der sogenannten unwissenden "Gebildeten" Glück hatten, die mit Vergnügen derartige Angriffe hören und lesen, aber sehr leicht beruhigt werden, wenn sie erfahren, daß sich die ungeheuren Entblößungen, die sie erwarten, in nichts aufgelöst haben. Der Abg. Lasker hätte, um auf die Genesis der heutigen Sachlage zu kommen, bis auf die Jahre 1868 und 1869 zurückgehen können, wo schon die Schäden des bestehenden Eisenbahnbau-Systems hier erörtert worden sind. Wenn dennoch das System — freilich unter der besonderen Pflege des damaligen Handelsministers — sich bis in das Jahr 1872 erhielt, so beweist das nur, daß es durch eine in der Nation vorhandene Krankheit begünstigt wurde. Ich hoffe, daß in der Diskussion des Berichts, die wir ja demnächst haben werden, die Methode des Kollegen Lasker befolgt werden wird, nämlich nur solche Anschuldigungen auszusprechen, die man nachzuweisen im Stande ist. Meines Erachtens müssen besonders zwei Arten von Gründern unabsichtlich verfolgt werden; zunächst diejenigen, welche betrogen haben, dann aber auch die, welche ihren ehrenwerthen achtlichen Namen als Anlockung zu unreellen Unternehmungen hergegeben haben. Diese erste Kategorie ist verbrecherisch, die zweite verächtlich. Allein die Rede des Abg. Röckerath, insbesondere seine Bemerkung über den Geheimen Kommissionsrath Warchauer, macht in mir die Befürchtung rege, daß uns auch allgemeine Anschuldigungen nicht erspart bleiben werden. Ich hoffe auch, daß die künftige Diskussion den unberechtigten Agitationen gegen unsere wirtschaftliche Gesetzgebung überhaupt ein Ende machen wird, Agitationen, die dahin gehen, den für den Volkswohlstand ganz unentbehrlichen Verkehr des Geldmarktes an den Pranger zu stellen. In diesem Sinne erachte ich die Auflärung, die wir zu erwarten haben, als einen wesentlichen Beitrag zur Wiederbelebung unserer gesamten wirtschaftlichen Thätigkeit.

Abg. Kall: Ich möchte hier nur einen bisher noch nicht berührten Gesichtspunkt zur Sprache bringen. Die Personen, welche sich heute in der Tagespresse als Vertreter der Moralität geltend machen, verursachen besonders in ihren Darstellungen dadurch einen großen Schaden, daß sie ohne eine Scheidung zu machen, wirklich Betrüger und Leute neben einander stellen, denen man nichts vorwerfen kann, als daß sie die Verhältnisse falsch beurteilt haben. So streng ich selbst in meinen geschäftlichen Grundsätzen bin, so streng halte ich auch darauf, daß jene Scheidung stattfinde, damit nicht auch die legitime Geschäftstätigkeit gebrandmarkt werde. Ich sehe in diesen Verhältnissen einen Hauptgrund, daß bei uns der Geschäftsmann sich nicht der Achtung erfreut, welche er in anderen Ländern genießt und die er nicht entbehren kann, wenn nicht Handel und Industrie selbst darunter leiden sollen.

Damit schließt die Debatte. An Stelle des Antragstellers erhält das Schlußwort Abgeordneten von Bellov: Es ist nur meine Absicht, einige Ausführungen des Abgeordneten von Denzin, welche im Laufe der Diskussion nicht richtig aufgefaßt worden sind, wieder klar zu stellen. Derselbe ist keineswegs von der Auffassung ausgegangen, daß die Ergebnisse der Untersuchung nicht derartig gewesen sind, die eine Strafverfolgung oder Aehnliches gerechtfertigt hätten, er hat vielmehr direkt erklärt, daß die vom Abgeordneten Lasker vorgebrachten Thatsachen so befunden worden sind, wie er sie dargestellt hatte. Ich hoffe, Herr Lasker ist nun mehr zufrieden. (Heiterkeit.) Herr Richter, dessen Ausführungen für mich sonst wenig beherzigenswert sind, hat die Gründe dargelegt, welche ihn von einer Unterstüzung unseres Antrages abgehalten haben. Was er sagte, entschuldigt ihn, und wir sind großmütig genug, dies hier, wo es sich ja nicht um eine Parteisache handelt, ihm einzugeben. (Gelächter links.) Wenn er hervorgehoben hat, man wolle aus der Verhandlung über den Untersuchungsbericht nummer eine Parteisache machen, so ist doch nicht zu bestreiten, daß sich eine Summe von Indignation im Lande angehäuft hat, welche, da sie von den dadurch betroffenen Personen sofort abgewiesen wurde, in der That die Meinung gefärbt hat, als sei diese Indignation tatsächlich begründet. Herr Lasker hat uns heute wieder versichert, es sei nicht seine Absicht gewesen, die konservative Partei zu brandmarken. Ich glaube ihm, es war nur Mißgeschick, es war nur eine tragische Verkettung von Ereignissen, welche ihn aus der Fülle des Lebens bloß konservative Namen herausgreifen ließ. (Unruhe links.) Meine Herren, wir haben aufgeräumt mit unseren Gründern! (Heiterkeit.) Um aber auch den Schein zu vermeiden, daß es sich für uns um eine cara vendetta handele, haben wir aus den Motiven des v. Denzin'schen Antrages jedes persönliche Moment weggelassen und deshalb das Hauptgewicht auf den sachlichen

es dunkel, so würden diese Wesen leuchten. Neben der Riccia, dem wundervollen Meer-Igel, hat sich ein Eremitenkrebs nach Vertriebung der Insassen in ein Schneckenhaus eingerichtet. Nur ein geringer Theil des Körpers schaut aus der Deckung des eroberten Hauses hervor.

Auf einem andern Krebs, der mit seinen langen Füßen stumpfsinnig über das Hemmnis des Hauses — nach einigen vergeblichen Versuchen — hinwegschreitet, röhren sich den ganzen Rücken entlang bewegliche, stachelähnliche Haare, gleich den Fibern am Rande der feigenähnlichen Actinien. Es ist, wie wenn eines der Stilleben, die von holländischen Malern so anziehend gemalt worden sind, urplötzlich regen würde, die Früchte sich röhren, die Stengel zu kriechen beginnen, die Wimpern an den Rändern der Blätter auf und ab zu zucken anfangen, die Blüthenkelche sich von Augenblick zu Augenblick öffnen und schlafen, die Kerne sich in den durchsichtigen Rand der Beeren als Augen vordrängen — eine Vision, ein Gaukeln von Farben und Umrissen, die aber, wie alle Ausgebüten unseres Gehirns an blendender und unheimlicher Phantasie vor der Wirklichkeit über alles Denken hinüber uns greifbar entgegenhalten und übertragen wird.

\* Joseph Victor v. Scheffel hat in den letzten Tagen so manchen Dank in Versen und Prosa erlassen. Wir teilen davon noch je einen mit. Die "Gesellschaft der Zimmermänner" zu Freiburg i. Br. erhielt folgende Zeilen:

Wer sein Leben auf 50 Jahre geziemt,  
Und viel gescherzt hat und wenig gewimmert,  
Dem gesiemet auch wohl ein Zimmerspruch;  
Denn allerhand gab es zu messen und bauen;  
Manch' strengen Werktag, manch' lästlichen Blauen,  
Manch' Hobeln und Spähen in Keller und Koch.  
Doch der Bauherr der Welt half eh' dem wie jetzt,  
Der Kranz ist auf das Gespäre gesetzt,  
Die Fugen scheinen zu halten:  
Das Handwerk in Freiburg bearbeit' ich heut,  
Den Meister und sämtliche Zimmerleut  
Gott las' uns frisch fröhlich veralten!

Mit herzlichem Danke für die Glückwünsche zum 50jährigen Geburtstag der Zimmererer und Jubilar J. V. Scheffel. — Ein allgemeiner Dank lautet so: „Gegen 200 Telegramme, wohl ebenso viele Briefe, zahlreiche in Schrift und Bild, prachtvoll ausgestaltete Adressen und Diplome, Blumenspenden, Kränze und viele wertvolle, herrliche Ehrengeschenke sind mir am 16. Februar aus allen Theilen des deutschen Vaterlandes wie aus Österreich und der Schweiz als Glückwünsche zum fünfzigjährigen Geburtstag zugegangen. Außer Stande, in der nächsten Zeit überallhin dankend zu antworten, erlaube ich mir, Allen, Allen, deren Liebe und Wohlwollen dazu beitrug, mir diesen Tag zum höchsten Ehrentag meines Lebens zu gestalten, hiermit meinen tiefgefühlsten innigen Dank auszusprechen. Josef Victor von Scheffel.“

Theil des Kommissionsberichts gelegt. Wir wollten eine persönliche Erörterung nicht provozieren, aber wir haben sie nicht zu scheuen, denn wir können unbefangen sprechen! Sie (zur Linken) sprechen heute von Verdächtigungen und Verlärmdungen, aber Sie sind natürlich in einer Zeit der Säkularisation, die sich nur mit der Periode vergleichen lässt, welche die Ideen von 1789 zum Durchbruch brachte. (Heiterkeit.) Dr. Richter hat es heute für gut befunden, die Ziele einer Partei, welche letztlich ihre Interessen auf durchaus sachlichem Boden verfolgt, nämlich die Agrarier zu verdächtigen. Ich muss seinen Angriff entschieden zurückweisen. Ich bitte Sie, die bona fides in den Bestrebungen dieser Partei zu trennen von der Ungeheuerlichkeit des Ausdrucks, in welchem Sie oft vertreten werden und der seit Jahren zur Verfehlung der Partei verhalten muss. — Der Hauptpunkt des v. Denning'schen Antrages ist die Revision des Altlandesgesetzes. Die Ausschreitungen auf dem Gebiete des Eisenbahn-Konzessionswesens sind harmlos gegen die Mängel, zu denen das Altlandesgesetz Veranlassung gegeben hat. (Widerspruch links.) Das Altlandesgesetz ist die Leiter, auf der jeder Überflieger verhakt ist, wo er sich ungestraft mit dem Schaden anderer bereichern konnte; das Altlandesgesetz ist das Gebiet, auf dem sich Legalität und Moral nicht decken und deshalb erfordert es die Wohlfahrt des Landes, solchen Zuständen ein Ende zu machen.

Personlich bemerkte Abg. Lassler auf die Auspielung des Vorredners von dem tragischen Gesicht, welches ihm der ausschließlichen Beurteilung konservativer Männer begegnet sein soll, daß er jede Beschwerde, die an ihn gelangt sei, an die Kommission abgegeben habe. Wenn der Bericht demnach so ausfallen sei, wie er vorliege, so müsse es der Beurteilung eines jeden überlassen bleiben, ob er diese Thatache auf mystische oder natürliche Gründe zurückführen wolle.

Abg. Richter (Hagen) (persönlich): Den Vorwurf, ohne Grund eine Partei außerhalb dieses Hauses angegriffen zu haben, weise ich zurück. Die Partei der "Steuer- und Wirtschaftsreformer" hat dieses Haus in der nichtsnutzigsten Weise verläudet. Ich will abwarten, wer demnächst hier den Mut haben wird, diese Verlärmdungen zu vertreten.

Abg. v. Below: Zur Vertretung der sachlichen Momente bin ich jeder Zeit bereit.

Abg. Richter: Es freut mich, daß Sie sich damit wenigstens von der Verlärmdungstätigkeit der Partei lossagen.

Der Antrag von Denning wird fast einstimmig angenommen.

Den letzten Gegenstand der Tagesordnung bildet der Antrag des Abg. Birchow: "Die Regierung dringend aufzufordern, dem Landtag noch in der gegenwärtigen Session den Entwurf einer Kreis- und Provinzialordnung für Rheinland und Westfalen vorzulegen."

Als Antragsteller nimmt das Wort Abg. Dr. Birchow: Der vorliegende Antrag ist bereits in der vorigen Session mit sehr großer Mehrheit angenommen worden. Seit seiner Annahme sind sehr wenige Gesetze über die Fortentwicklung der Selbstverwaltung erledigt und andere uns für diese Session zugesagt worden. Unter den letzteren fehlt die Kreis- und die Provinzialordnung für die Rheinprovinz und Westfalen. Das Verhalten der Regierung ist in dieser Beziehung so auffällig, daß das Haus wohl thut, zu dieser Frage noch einmal Stellung zu nehmen. Zur Beurteilung des Verhaltens der Regierung ist es von Wichtigkeit sich zu erinnern, daß der Minister des Innern bereits im Oktober 1869, als uns eben die Kreisordnung für die sechs östlichen Provinzen vorgelegt war, erklärte, daß in ganz kurzer Frist die in dem Gesetz niedergelegten Grundätze auf die westlichen Provinzen übertragen werden sollten, so weit die dortigen Spezialverhältnisse es zuließen. Als wir in dieser Session von 1875 die Kreisordnung bereits hinter uns hatten und die Provinzialordnung berieten, fragten wir den Minister, warum er sein 1869 gegebenes Versprechen nicht eingeholt hätte. Er erwiderte, daß sei nicht so einfach, das System der Selbstverwaltung sei im Wesentlichen eine Machtfrage. Das Haus sollte überzeugt sein, daß die Regierung von der Notwendigkeit der Ausdehnung der Selbstverwaltung auf den Westen der Monarchie durchdringen sei, man solle ihr aber die Initiative überlassen. Das Haus war dennoch bereits etwas ungeduldig geworden und nahm meinen Antrag am 11. Februar v. J. mit 292 gegen 28 Stimmen an. Die Regierung hätte doch Werth darauf legen müssen, mit der Majorität, mit der sie die Kreisordnung zu Stande gebracht im Einvernehmen zu bleiben, dennoch geschah nichts. Auch eine Interpellation, die ich am Schlusse der vorigen Session an die Regierung richtete, hatte keinen Erfolg. Inzwischen haben die Organe der beiden Provinzen selbst in der Sache gesprochen. Der westfälische Sädetag hat einstimmig eine Resolution angenommen, in der eine Kreis- und Provinzialordnung gefordert wird. Ich hoffe, wenn das Haus seinen vorjährigen Beschluss wiederholt, so werden damit die bisherigen Widerstände der Regierung beseitigt sein. So weit ich diese Widerstände aus früheren Verhandlungen kenne, so glaubte sich die Regierung, wenn ich Herrn Sybel für ihren Interpreten halten darf, ihrer gegenwärtigen Macht unter den obwaltenden Partieverhältnissen nicht entzücken zu können. Freilich sollten wir uns an Stelle der von Herrn v. Sybel vorgeschobenen Sozialdemokraten eine andere Partei denken; — vielleicht die Agrarier! (Heiterkeit.) Ich hatte neuerdings Gelegenheit, die jetzigen Verhältnisse des Westens der Monarchie kennen zu lernen und auf Grund meiner Wahneindrücke erkläre ich, daß für das Haus kein Grund vorliegt, aus Rücksicht auf die dortigen Partieverhältnisse jenen Provinzen die Gesetze zu versagen, die ihnen sonst zugestanden werden müssten. Ich bin gewiß in Sachen des Kulturmampfes für die Regierung ein unverdächtiger Zeuge, denn ich habe mich bisher ganz überläßig bewiesen. (Heiterkeit.) Der andere Einwand des Ministers war die Arbeitslast und die Schwierigkeit der Arbeit. Aber nachdem in der vorigen Session weit mehr Gesetze erledigt worden, als wir alle erwarten konnten, hätte sich die Regierung schlüssig machen müssen. Freilich war zwischen dem Schlusse der vorigen Session und der Wiederaufnahme der parlamentarischen Thätigkeit in diesem Winter eine verhältnismäßig kurze Zeit. Aber bei gutem Willen wäre sie ausreichend gewesen. Einen weiteren Grund der die Ausdehnung und Selbstverwaltung auf den Westen dringlich macht, hätte der Minister des Innern aus der heutigen Antwort des Kultusministers entnehmen können. Wenn wir aus unserem Antrage die Provinzen Hessen-Nassau und Schleswig-Holstein fortgelassen haben, so geschah es, um über den vorjährigen Beschluss nicht hinauszugehen. Ich weiß nun zwar nicht wie weit einfache Resolutionen des Hauses auf den Grafen Eulenburg noch Eindruck machen, nachdem wir erfahren haben, daß seine offensche Niederlage im Reichstage ihn nicht im Mindesten berührt hat, aber ich appelliere dennoch an ihn, weil er sich 1869 mit seinem Worte zur Vorlegung dieser Gesetze verpflichtet hat und er daher mindestens schuldig ist, uns seine besten Gründe zu sagen, welche ihn hindern, sein Wort einzulösen.

Minister des Innern Graf zu Eulenburg: Der Vorredner wirft mir vor, ich hätte in voriger Session auf die Frage nach der Ausdehnung der Organisationsgesetze auf die westlichen Provinzen geschwiegen. Geschwiegen habe ich bloß über den einen Punkt, der als Hauptbeweisgrund für das Verhalten der Regierung angesehen wurde, von dem ich aber wußte, daß er es nicht sei. Ich kann auch heute nur wiederholen, daß für die länger hinausgezogene Uebertragung der Organisationsgesetze politische Gesichtspunkte durchaus nicht maßgebend gewesen sind, sondern allein die rein sachliche Bedürfnisfrage und die faktische Unmöglichkeit für uns, diese Aufgabe zur Zeit zu bewältigen. Er nennt unser Verhalten eine wenig achtungsvolle Behandlung d's Hauses. Ja, meine Herren, er kann mir auch sagen: haben Sie mal gefälligst dies Gewicht von 200 Zentnern auf, und wenn ich sage: ich kann nicht, erwidert er mir: ja das ist doch eine höchst achtungswürdige Behandlung des Hauses. (Große Heiterkeit.) Wie war denn die Lage der Gesetzgebung? Wir haben Jahre lang mit dem ersten Gesetz, der Grundlage der ganzen Gesetzgebung, zu thun gehabt, und wir sind, je mehr wir uns in die Sache vertieft haben, desto mehr dahinter gekommen, wie schwierig die ganze Anlage dieser Gesetze ist und wie außerordentliche Bedeutung dieselben erst dann gewinnen, wenn sie zur Anwendung kommen. Aus diesem Gesichtspunkte heraus sind wir schrittweise vorgegangen und haben nach Erlaß der Kreisordnung erst die Provinzialordnung und das

Verwaltungsgerichtsgesetz vorgelegt. Die unmittelbaren Folgen dieser Gesetzgebung waren aber andere, als das Bedürfnis, sie nun sofort auf die westlichen Provinzen auszudehnen. Es mußte vielmehr die dringende Aufgabe der Regierung sein, vor allen Dingen diejenigen Ansprüche zu erfüllen, welche jene beiden Gesetze dort, wo sie zunächst erlassen waren, notwendig erforderten. Dazu reichte ich diesen Gesetze, die ich noch in dieser Session vorzulegen gedenke. Wenn Sie immer davon sprechen, als fürchte ich mich scheinbar vor der Durchführung dieser Aufgabe, so mögen Sie doch nicht vergessen, daß es wohl einer Anerkennung werth ist, wenn, nachdem im Juli erst das Provinzialordnungs- und Verwaltungsgerichtsgesetz zu Stande gekommen, man schon im darauffolgenden Januar die vollständigen Provinzialanträge hat, daß diese ihre Hauptaufgaben erfüllt haben, daß die Dotationsvertheilung sind und die ganze im Juli begonnene Gesetzgebung im Januar bereits ausgeführt ist. Das nehmen Sie so ruhig als selbstverständlich hin; wir sind eben an prompte Verwaltung gewöhnt, aber was das für Arbeit kostet, davon haben vielleicht die wenigsten von Ihnen einen Begriff. Es kam also darauf an, nach Erlass jener beiden zuletzt genannten Gesetze der ganzen eben geschaffenen Organisation erst Leben einzubringen, das leere Gebäude erst zu bevölkern und diesen Personen, die berufen waren, dem Staate Dienste zu leisten, auch wirklich in Thätigkeit zu setzen. Man mußte für die Bezirks- und Provinzialräthe ein Feld der Thätigkeit schaffen, die Aufgaben der Kreisausschüsse erweitern und vor Allem dem Verwaltungsgericht Spielraum zu geben, um die nothwendige und zeugsame Thätigkeit, die es auszuüben hat, überhaupt erst in's Leben zu rufen. Zu diesem Zwecke war ein Gesetz notwendig, das unschätzbar in der allerndächtesten Zeit vor Sie gelangen wird, und dessen innere Bedeutung ich Ihnen alsdann näher auszudehnen werde. ein Gesetz, das indeß so schwieriger Natur war und so viel Momente der größten minutiosen Sorgsamkeit erforderte, daß kaum ein Gesetz entworfen mit so vielen kommissarischen Beratungen ins Leben gerufen worden ist als dieser. Das zweite Gesetz, das zu diesem Behufe dringend erforderlich war, ist eine Städteordnung. Sie wissen ja alle, daß die großen Städte ganz außerhalb des Rahmens der Kreisordnung stehen; und doch müssen gerade sie wesentlich das Gebiet der Thätigkeit ausfüllen, das für die Bezirks- und Provinzialräthe gegeben ist. Die Städteordnung in diesem Sinne umzuarbeiten, das ganze Aufsichtsrecht, das Selbstbestimmungsrecht in solcher Weise zu ordnen, daß es mit den neuen Gesetzen in Einklang steht, war eine ganz unabsehbare Aufgabe, wenn wir nicht unsere ganze neue Gesetzgebung in den alten Provinzen lahm legen wollten. Das Resultat dieser Arbeit wird Ihnen gleichfalls in dieser Session noch vorgelegt werden. Wenn Sie nun die Ausdehnung der bisher vollendeten Organisationsgesetzgebung auf Rheinland und Westfalen verlangen — warum nur auf diese beiden Provinzen, mit demselben Rechte können Sie es und müssen Sie es für Schleswig-Holstein und für Preußen thun — so erwidere ich einfach: ich kann die 200 Zentner nicht haben. So wie wir mit der genannten Aufgabe fertig sind, wird es ja unausbleiblich sein, die Gesetzgebung auf die anderen Provinzen auszudehnen. Ich kann Sie deshalb nur fragen: wozu wollen Sie einen Antrag annehmen, von dem ich Ihnen im Voraus sagen muß, wir können darauf nicht eingehen, es ist eben eine positive Unmöglichkeit. Ist es vielleicht die Befürchtung, es käme bald ein reaktionärer Wind, der diese ganze Gesetzgebung aufhebt, welche Sie in diesem Antrage bestimmt? Ein sachliches Bedürfnis der Bewohner der westlichen Provinzen selbst kann es nicht sein. (Widerspruch.) Denn der Hauptanlaß zu dieser Gesetzgebung bildete für die liberalen Parteien das Bedürfnis der Aufhebung der gütberrlichen Polizei; dies war der Punkt, wo der Hebel zu der ganzen Reform eingefest wurde. Dieses Bedürfnis ist aber für die westlichen Provinzen nicht vorhanden, wo die gütberrliche Polizei schon seit lange nicht mehr existiert. Gegen die Gefahr einer etwa eintretenden neuen politischen Strömung bildet aber der von uns betretene Weg eine viel größere Sicherheit. Wenn wir diese Gesetzgebung in den alten Provinzen konsequent durchführen und bis zum letzten Dach und Schornstein unter Dach und Fach bringen, wie wir es jetzt durch Einbringung des Kompetenzgesetzes und der Städteordnung zu thun im Begriff sind, so daß wir ein Gebäude haben, an dem nicht mehr gerüttelt werden kann, dann ist die Notwendigkeit, diese ganze Gesetzgebung auf die anderen Provinzen auszudehnen, offenbar eine weit größere und dringendere, als wenn wir jetzt vor Allem die möglichst schnelle Uebertragung dessen erstreben, was noch ganz unvollendet ist. Die Regierung ist mit Vorliebe, Eifer und vollem Bewußtsein an diese Gesetzgebung gegangen und Sie können ihr wohl das Vertrauen schenken, daß sie ihr eigenes Werk nicht im Stiche lassen, sondern mit allen Kräften zu vollenden bestrebt sein wird.

Abg. v. Sybel: Der Abg. Birchow hat mich persönlich in die Diskussion hineingezogen, indem er mich als den Autor der Wendung bezeichnete, welche im Staatsministerium in Bezug auf die Einführung der Kreis- und Provinzialordnung in die westlichen Provinzen eingetreten sei. Wenn das so wäre, könnte ich auf diesen Einstieg stolz sein, in Wahrheit muß ich diese Ehre aber ablehnen. Es ist überhaupt im Ministerium keine Wendung damals eingetreten, sondern der Vorschlag eines bezüglichen Gesetzentwurfs ist nach eingehender Prüfung vom Ministerium sofort abgelehnt worden; ein Gesetz ist im Staatsministerium nicht zu Stande gekommen. Ich habe allerdings in gewisser Beziehung auf diese Beratungen eingewirkt und meine Meinung in und außer dem Hause dahin ausgesprochen, daß ich ein solches Gesetz im Augenblick für die westlichen Provinzen nicht für zuträglich halte. Zu meiner großen Freude hat der Herr Minister erklärt, daß nicht politische Rücksichten ihn bewogen haben, die vom Abg. Birchow gewünschte Vorlage nicht zu machen. Eine solche politische Rücksicht wäre die Stärke der clerikalen Partei in den westlichen Provinzen. Nach Ansicht des Ministers fühlt sich die Regierung stot genug, selbst unter diesen mäßlichen Umständen das ganze System der Selbstverwaltung einzuführen. Keiner kann sich mehr über ein solches Selbstbewußtsein freuen, wenn es berechtigt ist, als ich; es ist aber eine thatächliche Täuschung. Ich spreche allerdings hier nur von Rheinland, in Westfalen liegen die Verhältnisse anders, da sich hier die nationale und clerikale Partei das Gleichgewicht halten (Oho! im Zentrum.) Nun so zählen Sie die Vertreter Westfalens auf jener und auf dieser Seite! Zwei Drittel der Kreise der Rheinprovinz haben bei den letzten Wahlen eine clerikale Majorität ergeben und auch über's Jahr werden Sie diese 41 clerikalen Vertreternsmänner in Ihrer Mitte begrüßen. (Lebhafte Beifall und Heiterkeit im Zentrum.) Sie sehen, m. H., daß ich nicht anstrebe, selbst für mich unangenehme Thatsachen offen anzuverlennen, zumal wenn Sie Ihnen einige Augenblicke der Heiterkeit gewähren. Bei der Einführung der Kreisordnung werden von 61 rheinischen Kreistagungen in 41 eine clerikale Majorität haben und der Provinziallandtag wird eine Zweidrittel-Majorität von 40 schwarz gefärbten Kreisräten aufweisen. Ob ein solches Resultat wünschenswerth ist, muß ich Ihrem Urtheile überlassen. Jedenfalls bewirkt die Einführung der Kreis- und Provinzialordnung in der Rheinprovinz eine gewaltige Kräftigung der clerikalen Partei mit mathematischer Evidenz. Ich kann eine solche Folge nicht für das Heil des Vaterlandes halten und komme daher zu der Ansicht, daß eine Erweiterung der formalen Freiheitsrechte nicht immer einen Fortschritt der Freiheit überbaup in sich schließt. Wenn man dieselben einem Volke gibt, welches unter dem Druck der unbedingten geistlichen Bormundshaft steht, so kräftigt man nicht die Freiheit des Volkes, sondern die Macht der leitenden Faktion. Der Abg. Birchow hat sowann die schon so oft wiederholte Bemerkung gemacht, daß es sich in diesem Falle nicht um politische Parteien handele, daß die Natur der diskutierten Gegenstände die scharfen Gegenseite auszugleichen geeignet sei, daß man sich gewöhnen werde, praktisch zusammen zu arbeiten, und daß die Wähler nicht so ihren eigenen qualifizirten Personen in die Selbstverwaltungs-Behörden zu wählen. Man könnte hierin unter gewissen Verhältnissen dem Abg. Birchow Recht geben, aber in einem Kampfe, in welchem so scharf Gesetze hervortreten, wie bei dem Kulturmampfe, da fällt jede andere Rücksicht vor der politischen Richtung. Sogar bei den städtischen Kommunalwahlen ist mir nicht ein Fall bekannt geworden, wo eine andere Frage bestimmt gewesen wäre, als die, ob clerikal, ob national.

Derselbe Gesichtspunkt war allein bei den Wahlen für die kirchliche Vermögensverwaltung maßgebend. (Sehr richtig! im Zentrum.) Sie haben das mit Recht aufgeführt als ein großes Plebisitum in Gunsten Ihrer Bischöfe, aber dasselbe ist gemacht mit denselben Mitteln wie alle Plebisitite der modernen Geschichte — der Meister hat die Parole ausgesetzt und die Menge hat Odeon parirt. Von technischer Beobachtung war nirgends die Rede und mir sind viele Gemeinden bekannt worden, in denen kein einziger Eigentümer in den Kirchenvorstand gewählt worden ist, sondern nur besitzlose Leute. Ich bin kein prinzipieller Gegner der Kreis- und Provinzialordnung, sondern bin schon vor Jahren literarisch für die Grundsätze der Selbstverwaltung thätig gewesen. Aber sollen wir darum die Sache über das Antlitz brechen und gleich die Einführung in alle Provinzen defreiren? Und wenn Sie eine Auseinandersetzung dieser Gesetze absolut wollen, warum dann nicht auf Hannover und Hessen, sondern gerade auf die Provinzen, in denen die Verhältnisse hierzu äußerst ungünstig sind. Selbst bei der Einführung in die älteren Provinzen haben die Selbstverwaltungsgefege viele Dörfer hier und in anderen Haushalten gefunden und selbst ihre Freunde konnten einen günstigen Erfolg nicht mit absoluter Gewissheit voraussagen. Warum wollen Sie mit der Einführung in die neuen Provinzen nicht noch einen Jahr warten? Sie werden sonst der Zukunft dieser Provinz einen schlechten Dienst leisten, selbst bei dem Vertrauen des Ministers über die Elemente des Kulturmampfes. Herr werden zu können. Die Wahlen würden jetzt viel weniger liberal ausfallen als in einigen Jahren, denn die liberale Partei ist dort im Fortschreiten begriffen, man darf aber ihre Bestrebungen nicht durchkreuzen durch die ungezeitige Einführung von Verwaltungsgefege, welche die generische Partei zu kräftigen geeignet sind.

Abg. Miguel: Obwohl der weitauß grösste Theil meiner politischen Freunde prinzipiell auf dem Standpunkt steht, daß sie eine ununterbrochene Weiterentwicklung unserer Verwaltungs-Gesetzgebung auf alle Theile der Monarchie für unerlässlich hält, so würden wir doch bei der gegenwärtigen Geschäftslage es nicht für dringend geboten erscheinen gehabt, die Rede des Abg. Sybel und nöthigte, in diesem Stellung zu nehmen. (Heiterkeit.) Ich hege nicht das geringste Misstrauen gegen den guten Willen des Ministers, die Kreis- und Gemeindeordnung auf die ganze Monarchie auszudehnen, weil jedoch die Anschaunungen des Herrn v. Sybel, die geeignet sind, die Verwaltungs-Reformen für die westlichen Provinzen auf ganze Generationen hinaus zu vertragen, auch in anderen Kreisen gelingt werden, so ist es nothwendig zu erklären, daß das Haus in den kirchlichen Kämpfen keinen Grund sieht, einzelne Theile der Monarchie von der einheitlichen Gesetzgebung auszuschließen. Dies ist der Sinn unseres Votums. Gerade die Thatsnahme der verschiedenen Volksklassen an der Verwaltung der kommunalen Verbände ist geeignet, persönlich zu wirken und die Macht des Staates zu stärken. Ich kann dies auf Grund praktisch-historischer Auschauungen behaupten während die Bedenken des Herrn v. Sybel auf reinen Theorien — wenn nicht auf Gespensterfurcht beruhen. (Sehr wahr!) Herr v. Sybel hält uns nun entgegen, daß, wenn die Ausdehnung der Verwaltungs-Reform auf die westlichen Provinzen in die gegenwärtige Zeit der kirchlichen Kämpfe falle, diese Gesetzgebung viel weniger liberal ausfallen müsse, als wenn man noch einige Zeit warte. Nun hat aber Herr v. Sybel selbst wiederholt ausgesprochen, daß man auf eine Beendigung des Kulturmampfes nicht in den nächsten Jahren, sondern erst nach mehreren Dekaden rechnen dürfe, wir würden also auf die liberale Gesetzgebung der Zukunft lange warten müssen. Neben diesbezüglich auf die westlichen Provinzen zu schließen, daß das Selbstverwaltungsrecht des Volkes zum Nachteil der westlichen Provinzen zu schmälern bereit wäre. Sollte es in der Zukunft der westlichen Provinzen in die augenblicklichen Verhältnisse bestimmt werden, daß die Rechte der Bevölkerung dadurch nicht geschützt werden, so ist dies auf Grund praktisch-historischer Auschauungen bestimmt. Der Herr Minister sagte, die Vorlegung der gewünschten Reformen könne nicht in den nächsten Jahren, sondern erst nach mehreren Dekaden rechnen, wir würden also auf die liberale Gesetzgebung der Zukunft lange warten müssen. Neben diesbezüglich auf die westlichen Provinzen zu schließen, daß das Selbstverwaltungsrecht des Volkes zum Nachteil der westlichen Provinzen zu schmälern bereit wäre. Sollte es in der Zukunft der westlichen Provinzen in die augenblicklichen Verhältnisse bestimmt werden, daß die Rechte der Bevölkerung dadurch nicht geschützt werden, so ist dies auf Grund praktisch-historischer Auschauungen bestimmt. Der Herr Minister sagte, die Vorlegung der gewünschten Reformen könne nicht in den nächsten Jahren, sondern erst nach mehreren Dekaden rechnen, wir würden also auf die liberale Gesetzgebung der Zukunft lange warten müssen. Neben diesbezüglich auf die westlichen Provinzen zu schließen, daß das Selbstverwaltungsrecht des Volkes zum Nachteil der westlichen Provinzen zu schmälern bereit wäre. Sollte es in der Zukunft der westlichen Provinzen in die augenblicklichen Verhältnisse bestimmt werden, daß die Rechte der Bevölkerung dadurch nicht geschützt werden, so ist dies auf Grund praktisch-historischer Auschauungen bestimmt. Der Herr Minister sagte, die Vorlegung der gewünschten Reformen könne nicht in den nächsten Jahren, sondern erst nach mehreren Dekaden rechnen, wir würden also auf die liberale Gesetzgebung der Zukunft lange warten müssen. Neben diesbezüglich auf die westlichen Provinzen zu schließen, daß das Selbstverwaltungsrecht des Volkes zum Nachteil der westlichen Provinzen zu schmälern bereit wäre. Sollte es in der Zukunft der westlichen Provinzen in die augenblicklichen Verhältnisse bestimmt werden, daß die Rechte der Bevölkerung dadurch nicht geschützt werden, so ist dies auf Grund praktisch-historischer Auschauungen bestimmt. Der Herr Minister sagte, die Vorlegung der gewünschten Reformen könne nicht in den nächsten Jahren, sondern erst nach mehreren Dekaden rechnen, wir würden also auf die liberale Gesetzgebung der Zukunft lange warten müssen. Neben diesbezüglich auf die westlichen Provinzen zu schließen, daß das Selbstverwaltungsrecht des Volkes zum Nachteil der westlichen Provinzen zu schmälern bereit wäre. Sollte es in der Zukunft der westlichen Provinzen in die augenblicklichen Verhältnisse bestimmt werden, daß die Rechte der Bevölkerung dadurch nicht geschützt werden, so ist dies auf Grund praktisch-historischer Auschauungen bestimmt. Der Herr Minister sagte, die Vorlegung der gewünschten Reformen könne nicht in den nächsten Jahren, sondern erst nach mehreren Dekaden rechnen, wir würden also auf die liberale Gesetzgebung der Zukunft lange warten müssen. Neben diesbezüglich auf die westlichen Provinzen zu schließen, daß das Selbstverwaltungsrecht des Volkes zum Nachteil der westlichen Provinzen zu schmälern bereit wäre. Sollte es in der Zukunft der westlichen Provinzen in die augenblicklichen Verhältnisse bestimmt werden, daß die Rechte der Bevölkerung dadurch nicht geschützt werden, so ist dies auf Grund praktisch-historischer Auschauungen bestimmt. Der Herr Minister sagte, die Vorlegung der gewünschten Reformen könne nicht in den nächsten Jahren, sondern erst nach mehreren Dekaden rechnen, wir würden also auf die liberale Gesetzgebung der Zukunft lange warten müssen. Neben diesbezüglich auf die westlichen Provinzen zu schließen, daß das Selbstverwaltungsrecht des Volkes zum Nachteil der westlichen Provinzen zu schmälern bereit wäre. Sollte es in der Zukunft der westlichen Provinzen in die augenblicklichen Verhältnisse bestimmt werden, daß die Rechte der Bevölkerung dadurch nicht geschützt werden, so ist dies auf Grund praktisch-historischer Auschauungen bestimmt. Der Herr Minister sagte, die Vorlegung der gewünschten Reformen könne nicht in den nächsten Jahren, sondern erst nach mehreren Dekaden rechnen, wir würden also auf die liberale Gesetzgebung der Zukunft lange warten müssen. Neben diesbezüglich auf die westlichen Provinzen zu schließen, daß das Selbstverwaltungsrecht des Volkes zum Nachteil der westlichen Provinzen zu schmälern bereit wäre. Sollte es in der Zukunft der westlichen Provinzen in die augenblicklichen Verhältnisse bestimmt werden, daß die Rechte der Bevölkerung dadurch nicht geschützt werden, so ist dies auf Grund praktisch-historischer Auschauungen bestimmt. Der Herr Minister sagte, die Vorlegung der gewünschten Reformen könne nicht in den nächsten Jahren, sondern erst nach mehreren Dekaden rechnen, wir würden also auf die liberale Gesetzgebung der Zukunft lange warten müssen. Neben diesbezüglich auf die westlichen Provinzen zu schließen, daß das Selbstverwaltungsrecht des Volkes zum Nachteil der westlichen Provinzen zu schmälern bereit wäre. Sollte es in der Zukunft der westlichen Provinzen in die augenblicklichen Verhältnisse bestimmt werden, daß die Rechte der Bevölkerung dadurch nicht geschützt werden, so ist dies auf Grund praktisch-historischer Auschauungen bestimmt. Der Herr Minister sagte, die Vorlegung der gewünschten Reformen könne nicht in den nächsten Jahren, sondern erst nach mehreren Dekaden rechnen, wir würden also auf die liberale Gesetzgebung der Zukunft lange warten müssen. Neben diesbezüglich auf die westlichen Provinzen zu schließen, daß das Selbstverwaltungsrecht des Volkes zum Nachteil der westlichen Provinzen zu schmälern bereit wäre. Sollte es in der Zukunft der westlichen Provinzen in die augenblicklichen Verhältn

## Lokales und Provinzielles.

Posen, 24. Februar.

Dem „Kurier“ berichtet man aus Rom, daß der Papst mit Rücksicht auf die außergewöhnlichen Verhältnisse, in denen sich die Katholiken der Diözese Posen und Gnesen befinden, für diese beiden Diözesen das kirchliche Jubeljahr bis zum 1. Juli verlängert hat, wie dies bereits früher für Russisch-Polen geschehen war. Die Bedingungen des Jubiläums sollen dieselben bleiben wie früher. Der „Kurier“ erinnert seine Leser daran, daß die Jubiläumsbeichte nicht zugleich auch als Österbeichte dienen könne.

r. Der Wasserstand der Wartke war von heute Nachmittag 2 Uhr bis 5 Uhr um 8 Zoll gewachsen und hatte eine Höhe von 14 Fuß 4 Zoll erreicht. Das Eis überhalb der Wallischeibrücke hatte sich in Bewegung gesetzt und schwamm allmälig ab; oberhalb der beiden Schleusen dagegen saß das Eis noch immer fest und wurde dort mittels Pulver gesprengt. Die kleinen Leute aus den niederen Stadttheilen, die ihre Wohnungen haben müssen, sind theils in dem ehemaligen Diaconissenhaus auf der Zagorze, theils im ehemaligen Alumnat neben der Bernhardinerkirche untergebracht worden. Auch hat der Auktionskommissarius Kaz am Sapiehplatz eine Anzahl von Remisen zu diesem Behufe zur Disposition gestellt.

In Angelegenheit der polnischen Petitionen fordert der „Kurier“ seine Landsleute auf, dieselben schleunigst nach Berlin zu senden, da die erste Sitzung des betreffenden Gesetzgebungsversammlung stattfindet. Bei dieser Gelegenheit heißtet der „Kurier“ seinen Lesern die erfreuliche Neuigkeit mit, daß am 27. d. M. in Berlin eine polnische Volksversammlung in Angelegenheit des Gesetzeswurfs über die Amtssprache stattfinden wird.

Aus Jarocin schreibt man dem „Kurier“. Da der Propst Różański aus Góra (Kr. Pleschen) zu Koźmin eine halbjährige Gefängnisstrafe verbüßt, so wandte sich Herr Hauptmann Mollard aus Góra aus eigenem Antriebe und auf eigene Hand an den Landrat und den Oberpräsidenten und wirkte sich die Erlaubnis aus, daß Propst Fligier aus Paniaka während der Abwesenheit des Propstes Różański die geistlichen Bedürfnisse der Parochianen von Góra befriedigen dürfe. Mit dieser Mission beauftragt sich Hauptmann Mollard zu Herrn Fligier indem er ihn bat den Nachbar zu vertreten. Propst Fligier sprach indeß sein Bedauern aus, dem Vertrauen, das man in ihn setze nicht entsprechen zu können und zwar in Folge Mangels einer bloßen Formalität, nämlich der Erlaubnis der vorgesetzten geistlichen Gewalt.

Auszeichnung. Der „Staatsanzeiger“ heißt mit, daß dem Rittergutsbesitzer von Karwick auf Eichen, Kreis Schrimm, die in Silber ausgeprägte Gesittmedaille verliehen worden ist.

In Betreff des Volksgartentheaters sind zunächst zwischen dem Besitzer desselben und der Frau Theaterdirektor Schäfer Punktationen abgeschlossen worden, an welche die beiden Kontrahenten Theile eine Woche lang gebunden sind; innerhalb dieser Woche soll der eigentliche Kontakt abgeschlossen werden. Nach den Punktationen hat Theaterdirektor Schäfer eine bestimmte Summe (wie man hört, 2400 Thlr.) für das Volksgartentheater an Pacht zu zahlen. Auf baulichen Einrichtungen, z. B. neue Treppenaufgänge zu den Tribünen, hat der Besitzer die inneren Einrichtungen auf seine Kosten ausführen zu lassen, dagegen z. B. die Logen auf den Tribünen etc. Theaterdirektor Schäfer. Der Buffeträum wird von dem Büchauer Raum durch eine Zwischenwand geschieden, und in dem Büchauraum werden nur Sitzreihen aufgestellt. Die Weitergewährung der Kaiserlichen Subvention an Herrn Schäfer ist auf Grund der abgeschlossenen Punktationen an der Stelle beantragt worden, und wird es von der Entscheidung hierüber abhängen, ob die Kaiserloge im Volksgartentheater aufgestellt wird. Für 5 Winterabende reserviert der Besitzer des Etablissements zur Ablösung von Mastenhallen etc. das Theater für sich. Im Garten sollen, soweit die theatralischen Vorstellungen dadurch nicht gestört werden, Konzerte und event. in der bisherigen Weise Gartenfeste stattfinden. Dies sind, wie gesagt, bisher nur vorläufige Punktationen.

In der heutigen Sitzung der Sitzung gelangten noch folgende Punkte des Programms zur Annahme: Punkt 3. Auf der Grundlage des Freibandes stehend, sind wir gegen die Schutzzölle, behandeln jedoch die Eingangs- und Konsumsteuer als eine offene Frage. Bei allen Finanzböllen und indirekten Steuern ist stets darauf Bedacht zu nehmen, daß sie nicht besonders schädlich auf einzelne Distrikte und Bevölkerungsschichten einwirken. Die Einführung einer Börsensteuer nach dem Werth, sowie eine Besteuerung der ausländischen Wertpapiere sind dringend geboten.“ Punkt 4: „Im Eisenbahnbereich ist es notwendig, daß an die Stelle des Aktienbesitzer ein lebenssicherer Staatsbetrieb mit Besteigung aller Differentialsteuern gegen die steuerumgehenden Geldkapitals sind genügende Rauten zu schaffen.“ Punkt 5: „Das Aktiengesetz vom 11. Juni 1870 bedarf einer durchgreifenden Reform. Insbesondere sind Schutzmaßregeln zu treffen gegen die städtischen und wirtschaftlichen Gefahren, welche die Verantwortlichkeit der Gründer und Vorstände nach sich zieht.“ Punkt 8: „Bезüglich der Gerichtsorganisation ist auf die Einführung von Schöffengerichten für alle Zweige der Rechtspflege hinzuweisen. Der ländliche Grundbesitz ist von dem Zweige des römischen Rechtes zu befreien. Insbesondere ist ihm eine seiner Natur entsprechende Verschuldungsform und ein den deutschen Sitten entsprechendes Erbrecht zu gewähren.“

In der heutigen Sitzung, welche im Kaiseraal der Börse stattfand, wurde, und ebenfalls zahlreich besucht war, führten wiederum Graf Udo zu Stolberg-Wernigerode und Graf v. Schulenburg-Gleichenhoff abwechselnd den Vorsitz. — Die Versammlung trat in einer weiteren Diskussion des Status resp. des Programms ein, auf welche die Versammlung sich konstituierte. Punkt 5 des Programms lautet: „Papiergeld und Banknoten auszugeben, so weit die Bedürfnis sich herausstellt, gebührt allein der Reichsregierung unter Kontrolle des Reichstages; die neue Reichs-Aktienbank ist in den Händen des Reichs zu übernehmen, ihre gemeinhinlichen Privilegien sind aufzuhören.“ Der Referent Dr. Perrot kann der Fassung des Punktes 5 nicht zustimmen und empfiehlt, diesen in folgender Form zu fassen: „Papiergeld auszugeben, gebührt allein den gesetzgebenden Gattungen des Reiches. Die Banknoten Privilegien sind zu befreien.“

Nach kurzer Diskussion wird die Fassung angenommen. Punkt 7 lautet: „Die Gewerbeordnung, das Freizügigkeits- und das Unterstiftungswohnsitz-Gesetz bedürfen dringender einer Revision befuß gerechter Arbeitskontrolle von Pflichten und Rechten zwischen Stadt und Land.“ Dem Arbeitskontrollen muß ein wirksamer Rechtschutz gewährt werden. Punkt 8: „Nach einer längerer Diskussion, an der sich die Herren Lehmann (als Referent), Graf v. Stolberg-Wernigerode, Elsner v. Gronow, v. Niendorff, Dr. Perrot und Nies beteiligen, wird Punkt 7 in folgender Fassung angenommen: „Die Gewerbeordnung ist durch Gesetz eine Form anzureihen, welche für beide Zwecke einen wirksamen Rechtschutz im beschleunigten Verfahren mit besonderer ortspolizeilicher Entscheidung gewährt.“

Punkt 9 hat folgenden Wortlaut: „Es ist notwendig, daß das Domänen- und Forstdepartement vom Finanzministerium abgeweigt und dem Ministerium für die landwirtschaftlichen Angelegenheiten übertragen werde.“ Der Referent Herr Elsner v. Gronow bittet diesen Punkt zu streichen, da er nur einen Gegenstand betrifft, der ein Domänen-Internat ist und nicht das gesamte Reich angeht. Die Versammlung beschließt demgemäß.

Punkt 10 lautet nach der Vorlage: „Es muß in allen Zeiten und auf allen Orten bei der Gesetzgebung ernsthaft dafür gesorgt werden, daß der rechte Erwerb und die Arbeit ihren geistlichen Nahrungsraum, somit das deutsche Volk seinen religiösen Frieden wiederfindet.“ Dieser Punkt wird gestrichen, nachdem der Referent Dr. Niendorff befürwortet, die Herren Elsner v. Gronow und Graf

aus Stolberg-Wernigerode sich entschieden dagegen ausgesprochen haben. Die Aufnahme dieser Petition in das Programm steht der heutigen Klärheit nur Verwirrung anzureihen geeignet sei.

nichtet wird, berichtet Rentier Nehfeld. Der Verein der hiesigen Fleischer zur Verbesserung gegen den durch das Vorkommen von Trieben entstehenden Schaden hat an den Magistrat das Gesuch um Erstattung der Steuer gerichtet, und wird dieses Gesuch vom Magistrat befürwortet. Obwohl Dr. Hirschberg ausführt, daß ein Theil der trichterigen Schweine, das Fett, zur Verwendung gelange, erklärt sich die Versammlung doch mit der Erstattung der ganzen Steuer einverstanden.

Der Registratur a. D. Beyer hat an den Magistrat einen Antrag in Betrifft des Eigentumsrechtes der Stadt Posen an einem Theile der Bucker Straße gerichtet, und führt hierbei aus, daß ein Theil dieser Straße, welcher Eigentum der Stadt Posen gewesen, auf Rechnung der Kommune realisiert und gepflastert worden sei. Da nun in den letzten Jahren durch die Eisenbahn-Anlagen ein Theil dieser Straße mit dem Pfaster verschwunden sei, und ein Theil des benachbarten Goldschlößchen Grundstückes entgegen werden soll, so möge der Magistrat dafür Sorge tragen, daß der Kommune Posen entweder eine andere Verbindungsstraße überwiesen oder eine Entschädigung im Wege des Enteignungsverfahrens gewährt werde. Nachdem Rentier Nehfeld über diese Angelegenheit Bericht erstattet hat, führt Stadtrath Annuk aus, daß ein Theil der Straße durch die Eisenbahn-Anlagen verschwunden und dadurch die Kommune von der Verpflichtung der Unterhaltung dieses Straßenteils entbunden sei, und der Magistrat wegen des anderen Theiles im Wege des Expropriationsverfahrens die Entschädigung beantragt habe.

Zum Vorsteher für den IV. Armenbezirk wird auf Vorschlag des Buchhändlers Türk statt des bisherigen Vorstebers, Rentier Bade, der Glasswarenfabrikant Biagini gewählt; ferner an Stelle des Medizinal-Assessor Reimann, welcher nach seiner Wahl zum Stadtrath aus dem Kuratorium der Realakademie ausschieden ist, der Rechtsanwalt Mügel. — In den Waisenrath wird auf Vorschlag des Kaufmanns Gerhard an Stelle des Tischlermeisters Neugebauer, welcher wegen Krankheit die auf ihn gefallene Wahl abgelehnt hat, der Kaufmann Bol. Letzterer gewählt. — Der bisherige Schiedsmann für das V. Revier, Kaufmann Tobias Braun, wird wieder gewählt.

In Betr. des Verkaufs von Fischen und Cerealien auf den Wochenmärkten nach Gewicht heißtet aus dem schriftlichen Referat des nicht anwesenden Kaufmanns Heimann Marcus der Vorsteher folgendes mit: Der Magistrat hat im Einverständnis mit dem Besluß der Stadtverordnetenversammlung vom 7. Oktober 1874 mehrfach bei dem Polizeidirektorium den Erlaß einer Polizeiverordnung zu erwirken gesucht, laut welcher der Verkauf von Fischen, Cerealien, Kartoffeln auf den Wochenmärkten nur nach Gewicht erfolgen dürfe. Die Anträge des Magistrats sind jedoch von dem Polizeidirektorium abgelehnt worden, weil eine derartige Verordnung den gesetzlichen Bestimmungen der Gewerbeordnung entgegen zu stehen scheint, überdies einer derartigen Bestimmung der Umstand entgegensteht, daß der ohnehin beschränkte Raum der hiesigen Wochenmarktplätze für die Aufstellung der nötigen Waage-Vorrüttungen keinen freien Raum übrig lasse. Da jedoch nach den Ermittlungen des Magistrats in vielen anderen Städten bereits derartige Polizeiverordnungen bestehen, so wird der Magistrat nochmals erneut, auf den Erlaß einer solchen auch für die Stadt Posen hinzuwirken. Der Magistrat hat hierauf nun erklärt, daß er einen Entwurf zum Erlaß einer Lokal-Polizeiverordnung, betr. den Verkauf von Fischen und Cerealien auf dem Wochenmarkt nach Gewicht der Handelsklammer zur gutachtlichen Anerkennung zugesandt hat und nach deren Rückfrage den Erlaß einer Polizeiverordnung höheren Ortes erstreben wird.

Über den Antrag des Vorstandes des Bürgervereins, betr. die anderweitige Vertheilung des Zuschlages zur Einkommenssteuer berichtet Kaufmann Salzwinski. Bekanntlich hat der Bürgerverein an die städtischen Behörden das Eruchen gerichtet, daß die Kommunaleinkommenssteuer in der früheren Weise erhoben werden möge, so daß die höher befeuerten Stufen bis zu 4½ p.C. ihres Einkommens herangezogen würden, während seit dem Jahre 1875 diese Stufen nur bis zu 3 p.C. ihres Einkommens veranlagt worden sind. Da der Vorstand des Bürgervereins vom Magistrat in dieser Angelegenheit bisher keinen Bescheid erhalten hat, so richtet derselbe an die Stadtverordnetenversammlung die Anfrage, welche weiteren Schritte dieselbe in dieser Angelegenheit gethan habe. — Kaufmann Salzwinski führt aus, daß der Entschluß von 20 p.C. zu der Kommunaleinkommenssteuer nur dadurch möglich geworden sei, daß die oberen Steuerstufen von 4½ auf 3 p.C. herabgesetzt worden seien. Es sei dies mit Hinweis auf das betreffende Ministerial-Resscript geschehen, doch habe dasselbe keine bindende Kraft. Da der Antrag des Bürgervereins gerechtfertigt sei, so möge der Entschluß nur von der 13. Stufe ab erhoben, die unteren Stufen dagegen von demselben befreit bleiben. Er stelle demnach den Antrag, der Magistrat möge die Angelegenheit rechtzeitig in Erwägung ziehen, damit den Wünschen des Bürgervereins, dem der Magistrat einen Bescheid zu geben lassen möge, bei der Erlassberatung pro 1877 Rechnung getragen werden könne. — Bürgermeister Herse führt hingegen aus, daß nur die Stadtverordnetenversammlung und der Magistrat die kompetenten Organe seien und daß Anträge von so principieller Bedeutung aus Privatkreisen hervorgehend, seitens des Magistrats keine Verstärkung und kein Bescheid zu Theil werden könne, da solche Anträge sich möglicherweise dann außerordentlich häufen würden. Anders stehe die Sache, wenn ein Antrag, welcher von Kreisen außerhalb der städtischen Körperschaften gestellt worden sei, von der Stadtverordnetenversammlung zu dem ihrigen gemacht werde; dann werde sich der Magistrat stets mit einer derartigen Angelegenheit beschäftigen. In der vorliegenden Steuer-Angelegenheit haben die beiden kompetenten städtischen Organe übereinstimmend ihre Beschlüsse gefasst, und werde demnach der Magistrat einem Vereine oder einem Privaten auf eine Beschwerde oder einen Antrag in dieser Angelegenheit seinen Bescheid zu Theil werden lassen. Der Magistrat sei der Ansicht, daß es sich, nachdem erst vor einem Jahre die Art der Kommunalbesteuerung geändert worden sei, nicht empfehlen werde, schon jetzt an eine so brennende Frage heranzutreten, zumal eine Kommunaleinkommenssteuer Gelegabeung bevorstehe. — Kommerzienrat B. Jaffé weist darauf hin, daß nach der Geschäftsordnung Anträge, welche von Kreisen außerhalb der Versammlung eingehen, einer Unterstützung von 5 Mitgliedern dieser Versammlung bedürfen, und beantragt demnach die Feststellung dieser Unterstiftung. Nachdem dies geschehen, führt Kommerzienrat Bernhard Jaffé Folgendes aus:

Er wolle nicht versinnen, daß das Aufgeben der Progression in der Kommunaleinkommenssteuer einen Fehler enthalten habe und nicht erforderlich gewesen wäre, wenn die Kommunalvertretung nicht seiner Zeit hierfür die Genehmigung zu einer reglementarischen Änderung von zeitlich untergeordneter Bedeutung hätte eintauschen wollen. Fühlbar sei diese Neuerung vorzugsweise durch den Umstand geworden, daß die mittleren Steuerklassen gleichzeitig einige Erhöhung erfahren und zusätzlich in derselben Periode die Klassesteuer eingeführt wurde. In den Sätzen, in welchen die Progression hierzu zur Anwendung kam, konnte man dieselbe, wie man auch sonst zu dem Grundsatz der fortlaufenden Skala sich verhalte, als eine innerhalb des engeren Kommunalkreises sich vollziehende Kompenstation für einzelne, mehr den begüterteren Klassen zu Gute kommende städtische Leistungen betrachten. Dieselbe wieder einzuführen, begegne kaum zu befehligen Schwierigkeiten, da der Finanzminister eine bestimmte Position gegen die Progressivsteuer in Kommunen eingenommen habe, es auch bekanntermassen etwas Anderes sei, eine Steuer, die seit langer Zeit dauernd nach bestimmter Norm erhoben werde und so zu einem gewissen Ausgleich der Interessen geführt habe, regelmäßig fortzuerheben oder nachdem sie zwei Jahre hindurch wegfallen sei, wieder einzuführen. Indes halte er doch die Sache für so wichtig, daß sie zunächst zu einer Kommissions-Besprechung zwischen Magistrat und Stadtverordneten angethan sei, schon in Rücksicht auf die von dem Herrn Magistrat-

Dejerniten angedeutete allgemeine gesetzliche Regelung des Kommunalsteuerwesens, die indeß bei der großen Schwierigkeit, welche dieses Feld der Steuergesetzgebung darbiete, freilich wohl nicht so nahe vorstehet. Zu hoffen sei, daß der Magistrat in die vorgeschlagene gemeinsame Erörterung einzutreten nicht verweigern werde.

Der Antrag des Kommerzienrats B. Jasse, der Magistrat möge eingefügt werden, in eine gemischte Kommission zur Berathung dieser Angelegenheit mit der Versammlung einzutreten, wird darauf angenommen.

Ueber die tauscheinweise Erwerbung des Metabilliments-Resgrundstücks St. Martin Nr. 190/191 gegen einen Theil des Kämmereihofes am Kämmereiplatz berichtet Maurermeister Hesselbein. Danach hat der Fiskus sich mit der Hergabe des Metabilliments-Resgrundstücks zur Ergänzung des für den Schulhausbau zwischen der Töpfer- und der St. Martinsstraße erforderlichen Platzes einverstanden erklärt, wenn die Stadt Posen dafür einen anderen geeigneten Platz zur Errichtung eines Gebäudes für das Aichungsamt vorgiebt. Ein solcher Platz ist nun ausfindig gemacht worden, und zwar auf dem Kämmereihofe hinter den neuen Brodbänken. Die Sache ist insofern für die Kommune durchaus vortheilhaft, als sie 88 Quadratruthen empfängt und nur 31 vorgiebt. Der Referent beantragt die Einsetzung einer gemischten Kommission, welche über diese Angelegenheit in der nächsten Sitzung Bericht erstatten soll. Die Versammlung erklärt sich hiermit einverstanden, und wählt in die Kommission die Herren Heckert, Hesselbein, Gerstel als Mitglieder der Baulettion; Salomon Löwinski, Kommerzienrat Bernhard Jäfe, Wili Kantorowicz als Mitglieder der Finankommission; Türk, Ratowski, Dr. Hirschberg als Mitglieder der Schulkommission.

Für die beiden städtischen Lehrer Marcus und Waschniki, deren Gehalt pro 1876 nicht entsprechend der Gehaltskala aufgebessert werden ist, wird auf Antrag des Magistrats eine Remuneration von je 75 Mark bewilligt. — Für den in der Steuerklasse aufgenommenen Kassenj� wird ein doppelter Verpflichtung, durch den Rendanten und den ersten Buchhalter als genügend erachtet, so daß demnach ein dritter Verpflichtung durch den zweiten Buchhalter nicht erforderlich ist. — Ueber die Entlastung der Rumfortschen Suppenfondss - Rechnung pro 1865/66 — 1873/74, über die Spar- und Pfandleithklassen - Rechnung pro 1871 und 1872 berichtet Kaufmann Wilh. Kantorowicz, und wird demgemäß, vorbehaltlich der Erledigung der gezogenen Monita, die Decharge ertheilt.

□ Ostrowo, 22. Februar. [Landwehrverein. Angestammte Volksversammlung.] Am Sonntage hielt der hiesige Landwehrverein, der bereits über 300 Mitglieder zählt, unter dem Vorsitz seines Vorsitzers, des Kreisgerichts-Rath Herrn Hauptmann Heinrich, eine Generalversammlung ab, wobei neben andern zur Erledigung gekommenen Vereinsangelegenheiten auch ein neuer Vorsitz an Stelle des vergangenen bisherigen Rassensführers gewählt wurde. – Künftigen Sonntag, den 27., wird hier selbst eine katholisch-polnische Volksversammlung, die erste im hiesigen Kreise, im Saale des Lange-  
gutshofes abgehalten werden.

**Dawitsch**, 23 Februar. [Abiturientenprüfung.  
Sparasse. Handwerkerverein.] Am vergangenen Sonnabend fand hier unter Vorsitz des Provinzialausschusses Wolte die mündliche Abiturientenprüfung in der hiesigen Realschule statt. Fünf Abiturienten traten am vorliegenden Tage an.

Bon fünf Kanvidaten traten zwei zurück, während drei das Examen bestanden. Dieselben wollen sich dem Studium der Medizin resp. der Naturwissenschaften widmen. — Der diesjährige Abschluß der Spar-  
kasse weist eine Vermehrung der Einlagen um 19.197 M. gegen das Vorjahr nach, wodurch dieselben auf 131.524 M. gestiegen sind. Diese Erhöhung der Einlagen hat jedoch keineswegs in einer erhöhten Spar-  
fähigkeit, sondern in dem Misstrauen gegen alle Anlagepapiere seinen Grund, wie sich deutlich daraus ergiebt, daß in dem glücksamen Ge-  
säufsjahre 1872 die Einlagen sich um 1296 Thir. verringert hatten,  
während sie 1874 um 8146 Thlr. gestiegen sind. — Die  
obligatorische Fortbildungsschule erregt noch immer wegen des  
an Wochentagen stattfindenden Unterrichtes die Unzufrieden-  
heit der hiesigen Handwerksmeister und haben dieselben  
bei dem Magistrat beantragt, den Unterricht auf den Sonn-  
tag zu verlegen. Ueber diesen Gegenstand hielt am Montage Flei-  
ßermeister Sprotte im Handwerkerverein einen eingehenden Vor-  
trag, indem er die Vorteile dieser Schule für den Gewerbestand her-  
vorhob, die hiesigen Verhältnisse unparteiisch beleuchtete und mit war-  
men Worten zur Verständigung rath. Auf seine Veranlassung wird  
ein Komitee der Meister mit der Schuldeputation in direkte Verhand-  
lung treten, um einen Ausweg zu finden, auf dem die Zwecke der  
Schule erreicht werden können, ohne die Rechte der Meister zu beein-  
trächtigen.

**Reichen.**, 23. Februar. [Pensionirung.] Der hiesige katholische Lehrer und Kantor Herr Springer, der bereits 48 Jahre im Amt war und 45 Jahre in Reichen wirkte, ist nunmehr in seiner Eigenschaft als Lehrer pensionirt worden, soll jedoch als Kantor noch weiter fungiren. Da der neu gewählte Lehrer sein Amt erst zum 1. März hier antritt, so unterrichtet Herr Springer noch bis dahin.

**Wreschen.** [Erkrankungen. Unglücksfall.] Der so plötzlich eingetretene Witterungswandel macht sich auch in anderer Weise schmerzlich fühlbar, indem er vielfache gefährliche Erkrankungen an den Atemungs Organen nach sich zieht. Kinder wie Erwachsene leiden in großer Zahl an Diphtheritis und Bronchitis mit nicht selten tödlichem Erfolge. — Auf einem benachbarten Gute hat die Wirthschafterin sich die schon so oft gerügte Unvorsichtigkeit zu Schulden kommen lassen, die Fensterrinne zu zeitig zu schließen, nasse Wäsche an den Ofen zum Trocknen zu hängen und sich in denselben Zimmer schlafen zu legen. Der Tod wurde ihr trauriges Los.

**X Wongrowitz**, 20. Febr. [Bildungsverein.] Es war entschieden ein glücklicher Griff von Seiten des Vorstandes des hiesigen Bildungsvereins, diesen an die berliner Centralgesellschaft für Volksbildung als Körperschaft zum Anschluß zu bringen, um demselben dadurch eine, wenn auch nur schwache Aussicht auf eine günstige Zukunft zu eröffnen. Dass ein Bildungsverein bei uns nur kümmerlich und ohne jede Aussicht sich fristen kann, wird jeder zugeben, der sich das Bild einer kleinen Kreisstadt vergegenwärtigt, die zwar das Glück hat, die Beamten der Kreisbehörden und sogar auch eine Anzahl von Gymnastischern zu ihren Bewohnern zu zählen, im Uebrigen aber ohne einen von Selbstbewußtsein getragenen, gesunden Kern deutschen Bürgerstandes nicht nur national und konfessionell zerklüftet, sondern auch noch in Hinsicht auf sog. Bildung und Geldbeutel in Kästen und Käischen wiederum zerstückelt ist und unter diesen ein Handwerker- und Arbeiterstand, der nur mit geringer Ausnahme weit davon entfernt ist, Streben nach Bildung und Aufklärung zu besitzen. Herr Julius Keller aus Berlin hat in seinen drei Vorträgen, die er

Julius Keller und Dr. R. haben in ihren zwei Vorträgen, die er am 13. und 14. d. M. in unserem Vereine hielt, seine Hörer belehrt und angeregt, daß, wenn nicht Alles täufcht, manches schöne Samenkorn auf fruchtbaren Boden gefallen sein dürfte. Im ersten Vortrage verbreitete sich Herr Julius Keller über Entstehung, Grundzüge, Abschälen und Zwecke der Centralgesellschaft für Volksbildung, über die allgemeine Notwendigkeit nach erlangter Einführung Deutschlands auch die gesetzliche Freiheit und die damit verbundenen Rechte des deutschen Volkes diesem zu sichern. Letzteres könne nur dann geschehen, wenn die sog. besseren Stände sich nicht vornehm zurückziehen, sondern als Menschen mit Hand an's Werk anleren. Im zweiten Vortrage hat Dr. R. die Bedingungen zum gewerblichen Aufblühen eines Drittes sich zum Vorwurf gemacht. Dieses Thema gab dem Redner Gelegenheit, auf die Zustände der kleinen Städte unserer Provinz speziell einzugehen und durch die praktische Erfahrung, die ihm zur Seite steht, zu zeigen. Herr Keller deckte die Schäden unserer sog. besseren Stände auf, und in diesem Urteil war jedenfalls manches Treffende. Vor allem stellte derselbe drei Bedingungen zum gewerblichen Aufblühen eines Drittes auf: die günstige Lage, Kapital und Arbeit, letzteren jedoch räumte der Redner den weitauß wichtigsten Platz ein, verbreitete sich über die Bedeutung der Arbeitsleistung, über die

geistigen und materiellen Mittel diese zu erhöhen und erhebt dieselbe zu erst derart, daß er die beiden ersten Bedingungen fast entbehren zu können vermeint. Herr K. belegt diese seine Behauptung mit Beweisen von jedoch nur negativer Natur, während die Binnenstädten unserer Provinz durchweg positiv beweisen, daß ohne natürliche günstige Lage und ohne Kapital auch die angestrengteste Arbeit nichts schafft. Unbestritten dagegen ist, daß ohne Arbeit und Anstrengung hinwiederum die anderen Bedingungen nicht viel nützen. Das Leben jedes Menschen, meint der Redner ganz richtig, setzt sich aus einem ewigen Kreislaufe von Bedürfnis, Anstrengung und Befriedigung zusammen. Die Anstrengung darf nirgends fehlen, wenn Bedürfnis und Befriedigung regelmäßig vor sich gehen sollen. In Verfolg seiner Ansicht forderte Herr K. eine bessere Erziehung, besonders des weiblichen Geschlechtes und geißelte mit scharfen Ausdrücken die bisherige verfehlte Erziehungsweise selbst in den sog. besseren Ständen, wo man an Alles denkt, nur nicht in der Tochter eine künftig tüchtige Hausfrau zu erziehen. Mit großer Ausführlichkeit und Gang der Sachlage gemäß sprach Herr K. über unsre Handwerker- und Arbeiterrstand, entwarf ein getreues, zutreffendes Bild unsres Handwerkermärs, Gesellen und Burschen, deckte deren tiefe Schwächen auf in Beziehung auf Bildung, Gewerbedünkenkunst, schlechten Geist und die daraus notwendig folgende eigene Schädigung. Der Redner stadelte auch erklärend den ungejünden Kaufmännischen Kredit, das unreelle Verfahren der Industriellen überhaupt, die mehr auf Schein als auf Sein geben, und in Folge dessen das Ausland glückliche Resultate tatsächlich erzielt. Zum Schluß empfiehlt der Redner die Gründung von Fortbildungsschulen, Sparkassen, Borschufz, Kredit, Konsum-, Rohstoff- u. s. w. Vereine. — Auf Anregung des Herrn K. knüpfte sich an dessen Vortrag eine kurze Diskussion über Mittel und Wege zu einer Fortbildungsschule an. Da hatte Herr K. wiederum Recht, wenn er behauptet, daß hier nur gesetzlicher Zwang heilsam wirken kann.

## Aus dem Gerichtssaal.

—h— Wosen, 22. Februar. [Schwurgericht.] Am Montag wurde nach der Verhandlung gegen Häusler und Genossen noch die Anklage gegen den Arbeiter Matthias Drzewiecki wegen ein- fachen und schweren Diebstahls im wiederholten Rückfalle und gegen die Arbeiterfrauen Aniela Drzewiecka und Thelka Tyranowska wegen Hehlerei verhandelt. Der Angeklagte, Arbeiter Johann Tyranowski ist inzwischen verstorben. Drzewiecki istständig in Gemeinschaft mit dem verstorbenen Tyranowski in der Nacht zum 30. September 1875 dem Maurerpolizist Manthey in Schmiersen drei Gänse und der Witwe Hilki eben dasebst zwei Gänse gestohlen und zu dem Zwecke des Diebstahls bei Manthey zwei Latten aus dessen Hofzaune gebrochen zu haben. Die Frau Tyranowska gesteht zu, daß sie von dem Vorhaben ihres Mannes, Gänse zu stehlen gewußt hätte, und daß sie, nachdem Drzewiecki und Tyranowski mit den Gänzen nach Hause gesommen wären, eine Gang geschlachtet und gekocht hätte. Auf Grund des Verdikts der Geschworenen, welches alle drei Angeklagten, und zwar den Angeklagten Drzewiecki ohne ihm widernde Umstände zugubilligen, für schuldig erklärt, erkannte der Gerichtshof gegen Matthias Drzewiecki auf eine Buchtausstrafe von drei Jahren, dreijährigem Ehrverlust und Bulzlassigkeit von Polizeiaufsicht gegen Aniela Drzewiecka auf zwei Monate und gegen Thelka Tyra- nowska auf eine Woche Gefängnis.

Heute lag die gegen den Maurer Adolph Jawinski aus

desen wegen vorläufiger Brandstiftung erhobene Anklage den Geschworenen zur Entscheidung vor. Die Anklage basirt auf folgenden Umständen. Der Förster Theophil Ziellniski bewohnt in Reichenbach ein Försterabfissment, genannt "Schlüsselwinkel", welches aus dem Wohnhause und den zugehörigen Wirtschaftsgebäuden besteht. Zu den letzteren gehöre auch eine alte aus Holz gebaute und mit einem Ziegelbalken versehene Scheune, neben welcher sich ungefähr zwei oder drei Fuß entfernt ein dem Hülfewärter Miecke gehöriger Schöber befand, welcher 4 Fuder Roggen enthielt und bis an das Dach der Scheune reichte, ohne dasselbe jedoch direkt zu berühren. In der Scheune befanden sich  $11\frac{1}{2}$  Scheffel gerüttelter Roggen im Werthe von ca. 200 Thlr, 5 Fuder Gerste im Werthe von 70 Thlr und 3 Fuder Eiern im Werthe von 30 Thlr., der gesamte Vorraum des Försters, welchen derselbe nicht versichert hatte. Am 16. September 1875 Vormittags  $8\frac{1}{2}$  Uhr brannte die Scheune und der dem Miecke gehörige Schöber gänzlich ab. Das Feuer wurde zuerst an der unteren der

Scheune zu liegenden Seite des Mielke'schen Roggenschobers geschen und konnte demselben trotz der bald angewandten Löschungsmaßregeln kein Einhalt gehalten werden. Für die Behauptung, daß der Angeklagte das Feuer vorsätzlich angelegt habe, führt die Anklage eine Reihe von Indizien auf, von welchen herzuheben sind, daß der Angeklagte schon zweimal, das letzte Mal im September 1875, von dem Hütswärter Mielke wegen Holzdiebstahls angezeigt worden und demnachfolge zur Strafe gezogen ist und daß er in Bezug auf diese Denunziation in Bronkow in Gegenwart des Gendarmen D u c k a l e drohend gegen Mielke gedroht hat: „Na, die 4 Sgr. sollen ihm leid thun.“ Ferner habe der Angeklagte, als nach Ausbruch des Feuers über die Brandursache gesprochen wurde, gesagt: „Mit demselben Maße, wie er mischt, hat man ihm wieder gemessen.“ Die Anklage führt ferner zur Belastung des Angeklagten an, daß derselbe eine halbe Stunde vor Ausbruch des Feuers am Orte der That gewesen sei, indem er eine Feste am Stride führend und eine Pfeife rauchend auf das Gehöft des Höfers Bielinski gekommen sei, um die mitgeführte Feste zu dem Bielinskischen Sämmochsen zu führen. Dies ist aber nur ein Vorwand gewesen, weil Bielinski dem Angeklagten schon am 21. September erklärt habe, daß er gar keinen Sämmochsen sondern nur ein einjähriges Kalb besitze. Vertäutigend sei ferner der Umstand, daß der Angeklagte der Wahrheit zuwider bestreitet gewußt zu haben, daß der meh erwähnte Roggenschober ein Eigentum des Mielke sei. Endlich findet die Anklage die Art und Weise für den Angeklagten gravirend, wie derselbe seine Vertheidigung führe, indem er die Ursache des Feuers auf Fintensäuse und auf Kartoffelfeuer, welche von Kindern auf dem Felde angezündet seien, zurückführe. Nach Schluß der Beweisaufnahme, erklärte der Staatsanwalt v. D r e s s l e r , daß er weder Aussführungen zu machen noch Anträge zu stellen habe. Der Vertheidiger, Rechtsanwalt D o c h o r n beantragt die Freisprechung seines Klienten. Die Geschworenen verneinen die Schulfrage und sprach demgemäß der Gerichtshof den Angeklagten von der Anschuldigung der vorläufigen Brandstiftung frei.

—h— Posen, 24. Februar. Vor der hiesigen Kriminalbehörde gelangte heute die Anklage gegen die unverheirathete Julie Ballenstädt wegen Diebstahls zur Verhandlung. Dieselbe hatte seit dem September 1874 bei dem hiesigen Kaufmann B. R. in Diensten gestanden und während dieser Zeit die verschiedenartigsten Waren aus dem Geschiäft derselben entnommen und dieselben entweder in ihrem eigenen Nutzen verwendet oder bei Verwandten deponirt oder verpfländet. Die Anklage hatte Anfangs bei ihrer polizeilichen Vernehmung und auch noch in der gerichtlichen Voruntersuchung ausgestanden, diese Waren in der Absicht rechtswidriger Zueignung weggenommen zu haben, widerruft aber in der heutigen Verhandlung ihr früheres Geständniß und erklärt, sie hätte mit ihrem Brodherren in einem Lieberverhältniß gestanden und der leichtere habe ihr die bei ihr aufgefundenen Waren als Aequivalent für ihre Gefälligkeiten geschenkt. Als Beute waren erschienen der Kaufmann B. R. und dessen Komis. Der erstere giebt an, auf welche Weise er den Diebstahl entdeckt habe und wie die Waren gefunden seien. Den Wert des selben schätzt der Zeuge auf mindestens 9000 Mark. Schließlich stellt er auf's Entschiedenste in Abrede, daß er der Angeklagten die Waren geschenkt habe. Der Zeuge, Komis S., bekundet, daß ihn die Anklage einmal herausgefordert habe, so daß er sich auf's

stellen und erklärt, daß die Angeklagte bei dieser Gelegenheit nicht so ausgesehen habe, als wolle sie nur einen Scherz machen. Das legtere war nämlich von der Angeklagten behauptet worden. Der Staatsanwalt Heinemann beantragte die Angeklagte mit einem Jahre Gefängnis und Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf die gleiche Dauer zu bestrafen. Nach längerer Berathung lehrte der Gerichtshof nochmalsjuridisch und erklärte der Vorsitzende, Kreisgerichtsrath Müller, daß er auf Grund des Beschlusses des Gerichtshofes dem Kaufmann Herrn B. & die ganz bestimmte Frage vorlegen müßte, ob derselbe mit der Angeklagten, wie diese behauptet habe, in gewöhnlichem Verkehr gestanden habe. Er müßte dabei bemerken, daß der Zeuge als verheiratheter Mann jede Erklärung ablehnen könne, weil er nicht gezwungen werden dürfe, eine Aussage zu machen, welche ihn selbst in einem ungünstigen Lichte darstelle. Der Zeuge erklärte darauf, daß er eine Auskunft über die ihm vom Gerichtshofe vorgelegte Frage verweigere. Darauf zog sich der Gerichtshof nochmals juridisch und erkannte nach kurzer Berathung die Angeklagte des Diebstahls für schuldig und bestrafte dieselbe mit 3 Monaten Gefängniß.

Viegnitz, 20. Februar. In der am 18. d. stattgehabten Sitzung des Schöpfergerichts wurde, wie der "Anz." berichtet, wider den Rechtsanwalt und Notar Heinrich Gustav Göhlisch aus Lüben wegen wiederholter einfacher Unterschlagung, wiederholter Unterschlagung ähnlich empfangener Gelder und falscher Beurkundung als Beamter verhandelt. — Angeklagter war seit 1870 Rechtsanwalt und Notar in Lüben. In letzter Zeit hatten sich in seiner Geschäftswelt bedeutende Unregelmäßigkeiten und große Unordnung blicken lassen und eine im Jahre 1875 bei dem Angeklagten vorgenommene Nachrevision seiner Akten, sowie die in Folge dieser Revision weiter geschehenen Ermittlungen lieferten hauptsächlich das Material der heute gegen den Angeklagten erhobenen Anklage. Diese legt ihm 5 einfache Unterschlagungen, 11 Unterschlagungen amtlich anvertrauter Gelder und 12 falsche Beurkundungen als Beamter zur Last. Angeklagter bekannte sich der einfachen Unterschlagungen im Betrage von 4380 Thaler schuldig, als Motiv hierfür angebend, daß er sich in ungünstigen Vermögensverhältnissen befunden habe, weißt aber die anderen Anklagepunkte zurück. Jeder Notar hat innerhalb 14 Tagen vom Tage der Aufnahme eines Altes den erforderlichen Stempel zu verwenden, auf die Ausfertigung unter Beifügung seines Amtssiegels und seiner Unterschrift das Datum der Verwendung des Stempels zu setzen und in der Urkunft ersichtlich zu machen, wann der Stempel verwandt und die Ausfertigung extradiert worden ist. Die Anklage behauptet, daß der Angeklagte in 11 Fällen Gelder, die er von den Vertragsgeschätern zur Löschung des Stempels erhalten, nicht hierzu, sondern in seinem Nutzen verwendet, daß er zur Verdeckung dieser Unterschlagungen in der Urkunft in neun Fällen die rechtzeitige Verwendung des Stempels attestirt und endlich in drei Fällen das Datum der Stempelfassation auf ein früheres Datum zurückdatirt habe. Angeklagter räumt nun zwar ein, von den empfangenen Geldern nicht rechtzeitig Stempel geißt, sondern sie für sich verwendet zu haben, will aber diese Gelder nicht als in amtlicher Eigenschaft empfangen, sondern als Kosten betrachtet haben, über welche er daher freie Verfügung gehabt habe. Er will sich ferner auch durch die falsche Bescheinigung in den Urkünften über die rechtzeitige Verwendung der Stempel und die Aushändigung der Ausfertigungen keiner falschen Beurkundung schuldig gemacht haben, da er gewohnheitsmäßig diese Bescheinigung stets sofort nach Aufnahme eines Vertrages niedergeschrieben und hiernach nur Notizen über die Höhe des zu verwendenden Stempels oder die Person, an welche die Ausfertigung gelangen sollte, erblickt haben. Auch bezüglich der Fälschung der Kassationsvermerke bekannte er sich für nichtschuldig. Der Staatsanwalt beantragte Bejahung der Schulfrage unter Ausschaltung von mildernden Umständen mit Rücksicht darauf, daß Angeklagter seiner Geistesbildung und gesellschaftlichen Stellung nach sich über die Folgen seiner Handlungen klar bewußt sein müsse; der Beschuldigte beantragt nur hinsichtlich der einfachen Unterschlagungen Bejahung der Schulfrage, jedoch unter Annahme mildernder Umstände, die er in dem offenen Geständnisse des Angeklagten und seinen ungünstigen Vermögensverhältnissen zu finden meint, beklagt der übrigen Anklagepunkte beantragte er Freisprechung. Die Geschworenen erkannten den Angeklagten 5 einfacher Unterschlagungen unter Annahme mildernder Umstände, 11 amtlicher Unterschlagungen und 3 falscher Beurkundungen für schuldig, dagegen 9 falscher Beurkundungen für nicht schuldig und verurteilte der Gerichtshof den Angeklagten zu zwei Jahren Gefängnis und zwei Jahren Ehrenverlust.

## Wissenschaft, Kunst und Literatur.

Die Ausbildungsmethode des preußischen Exerzierreglements für die Infanterie oder das Exerzieren der Infanterie als unmittelbare Vorbereitung für die kriegerische Verwendung. Unter Berücksichtigung der Änderungen des Exerzierreglements vom 8. Juli 1875 für die Praxis dargestellt und erläutert von Tellenhäuser, Oberstleut. im Kr. Minist. und Vorsteher der Geh. Kr.-Kanzlei. 15½ Bogen, gr. 8., geb. Preis 3.60 M. Berlin. Verlag der Königl. Geh. Ober Hofbuchdruckerei (R. v. Decker). Das Exerzir-Reglement schreibt die Art und Weise vor, wie die Infanterie ausgebildet werden soll. Wichtige Andeutungen hierüber finden sich auch in den Verordnungen über die Ausbildung der Truppen für den Felddienst und über die großen Truppenübungen vom 17. Juni 1870. Zu den beiden erwähnten Quellenschriften tritt als dritte die Allerhöchste Kabinettsordre vom 19. März 1873 hinzu, deren Grundsätze in der jüngsten Umarbeitung des Reglements (vom 8. Juli 1875) durchgeführt worden sind. Nach Anleitung dieser Bestimmungen ist hier das Exerziren als direkte Vorbereitung für die kriegerische Verwendung einheitlich dargestellt worden — das Manöver blieb ausgeschlossen. Das vorliegende Buch verfolgt nicht den Zweck, Anfänger in die Kunst des Exerzierens einzuführen oder eine zum Nachschlagen bequeme Aufsammlung zu bieten: es sucht vielmehr in Sinn und Geiste des Reglements einzudringen; es wendet sich hauptsächlich an diejenigen Offiziere, welche für die Ausbildung eines Truppenteils verantwortlich sind und wünscht sie in dem Bemühen zu unterstützen, ihr Taoewerk auf der Höhe unserer reglementarischen Vorschriften zu halten. Dieser Zweck forderte das Zurücktreten subjektiver Ansichten, forderte, daß der Wortlaut der Bestimmungen als solcher erkennbar geblieben sei, wurde und das der gesammte Inhalt sich lediglich auf die letzteren gründete. Der Dienst ist kein Tummelplatz für den Streit der Ansichten; in der richtigen Auffassung, in der sicheren Anwendung der bestehenden Vorschriften soll der Offizier Intelligenz und Disziplin bewahren. Nur der Einblick in den Geist des Reglements, nur gewissenhafe Befolgung seiner Vorschriften dürfen auf Erfolge rechnen, welche in der Schlacht die Probe bestehen. — Dieses Buch erscheint auch unter dem Titel: „Die Taktik und die Ausbildungsmethode des Preußischen Exerzireglements für die Infanterie. Zweiter Theil.“ Den ersten Theil bildet, dem ursprünglichen Plan gemäß, „Die Taktik des preußischen Exerzireglements für die Infanterie“, wovon eine neue Auflage sich unter der Presse befindet.

treusberg-Wrag. Man vererbt

Braa, 21. Febr.: „Bei der samstagsigen ersten Liquidations-Tagabrechnung im Konkurs Dr. Strohsberg wurden 150 Anmeld. der Liquidatbehandlung unterzogen. Im Ganzen erfolgten 2500 Anmeldungen, die einen Betrag von rund fl. 12,000,000 repräsentieren. Darunter befindet sich das Finanzärar mit einer Forderung von c. fl. 350,000; davon wurden gestern fl. 100,000 als nicht liquid anerkannt und ist damit das Finanzärar auf den Brochweg verwiesen. Morgen finden die Liquidaturs-Tagabrechnungen ihre Fortsetzung. Die erste Klasse der Forderungen erscheint dadurch eine offizielle Röstung gestellt, nach der Schätzungs-wertb der

\*\* Chemnitz, 23. Februar. [Produkten-Börsenbericht von

200–210 M., weißer 210–222 M. Roagen nur seine Ware  
bekannt, inländischer 171–180 M., fremder 156–168 M. Gerste  
150–180 M. Hafer 155–160 M. Mais 120–130  
M. Erbsen Maß und Futter 150–160 M. Alles per 1000 Kilo.  
Weizenmehl Nr. 00 31,00 M., Nr. 0 29,00 M., Nr. I. 26,00 M.  
Roggenmehl Nr. 0 24,90 M., Nr. I. 23,00 M. per 100 Kilo.

\* Neapeler Prämien-Anleihe von 1871 (250 Lire-Loose).  
Verloosung vom 15. Februar 1876. Auszahlung vom 1. Mai 1876  
in Gold.  
Prämierte Obligationen: Nr. 17952 a 100000 Lire. Nr. 30469  
38626 a 1000 Lire. Nr. 23046 25219 46348 64031 23619 83756  
500 R. Nr. 22543 30791 42664 46102 49919 51858 53270 68305  
777 73843 a 400 Lire. Nr. 2680 3632 18565 28868 36879 38067 39518  
45050 51219 52228 866 64571 72379 958 74243 491 75471 79065  
230 a 300 Lire. Rautz amüste, mit je 250 Lire rückzahlt die Doli-  
tationen. Nr. 1024 87 2227 462 8125 246 10854 11214 15177 17816  
1567 22670 851 23014 488 25619 30395 32737 33368 41878 42678  
47611 662 48781 54900 55775 56970 57114 60992 62615 64359  
67083 490 68243 607 71274 74190 562 76388 985 79008 81028 443  
832 83001 298 84948 995 86886 87707.

\* Pariser Prämien-Anleihe von 1875. Verloosung vom  
Februar 1876. Auszahlung vom 25. Februar 1876 ab an der Stadt-  
Nr. 182329 a 100000 Fr. Nr. 38861 a 50000 Fr. Nr. 21672  
1519 102140 a 10000 Fr. Nr. 63919 145150 314798 325696 a 5000  
Nr. 21342 35560 60360 81019 82433 124404 162867 166367 179105  
202568 204776 215241 225902 245057 258313 272563 291648  
351239 354599 370461 381185 381021 392928 a 1000 Fr.

\* Bank für Süddeutschland. Der Aufsichtsrath der Bank  
für Süddeutschland (Darmstädter Zettelbank) hat nach der Feststellung  
Dividende von 5% v. C. beschlossen, auf die Tagesordnung der am  
März c statuenden Generalversammlung einen Antrag auf  
Zurückzahlung von je 75 fl. Sod. Währ. per Aktie von 250 fl. ein-  
zutragen. Es wird der Generalversammlung vorbehalten blei-  
ben, darüber zu entscheiden, ob der zurückzuzahlende Betrag auf den  
neuen Aktien, auf j: 310 Mark  
abzufallen werden sollen. Das Aktienkapital der Bank, welches  
gegenwärtig 13.000.050 fl. beträgt, wird durch diese Rückzahlung  
auf 15.672.300 Mark neuwertig; die vorhandene Aktienzahl von 52.241  
bleibt demgemäß unverändert fortbestehen. (B. B. R.)

### Vermischtes.

\* Der Ehrenpreis für die Bismarck-Hymne ist, wie die  
B. B. R. meldet, Herrn Musikdirektor Reinhäuser zuerkannt.  
Es waren 143 Arbeiten eingegangen und als Preisrichter fungirten  
Reinhäuser, Abt, Reinecke, Hiller, Nauß und Lachner.

\* Thorn, 23. Februar. [Eissprengung. Eissgang.]  
Seite sind Eissprengungen mit Dynamit-Patronen auf der

Weichsel in der Nähe der Holzbrücke durch ein Kommando unserer Artillerie ausgeführt worden. Die städtische Verwaltung beabsichtigte das Eis zwischen unsren beiden Brücken möglichst zu entfernen; nachdem das Eis unmittelbar vor der Holzbrücke durch Menschenkräfte fortgeschafft worden, hoffte man das übrige Eis durch Sprengungen zu beseitigen. Der Dynamit hat indessen auf das Eis fast gar keine Wirkung ausgeübt; die Patrone schlug ein Loch in das Eis, eine Wassersäule mit Sand vermischte erhob sich und vom Eis lösten sich nur ganz unbedeutende Stückchen los. Die im vorigen Jahre ausgeführten Pulversprengungen hatten einen größeren Erfolg gehabt. — Während heute Mittag die rechte Seite der Weichsel vor der städtischen Brücke ganz eisfrei war und das Eis, soweit es nicht vor der städtischen Brücke durch Menschenkäne beseitigt war, nur auf der linken Seite stand, begann am Nachmittag gegen 3 Uhr bei einem Wasserstand von 5 Fuß 3 Zoll der Eissgang. Das Eis hatte sich gegen 4 Uhr an den beiden ersten diesseitigen Jochen der städtischen Brücke verfestigt, ist aber sehr mürbe, und die Strömung nur gering. Die Stärke des Eises beträgt etwa 6 Zoll. (Th. Ost. Btg.)

\* Theodor Körner's Dolch. Der Kronprinz besuchte während seines dresdener Aufenthaltes auch das dortige Körner-Museum. Dem verdienstvollen Begründer desselben, Dr. Puschel, war dies für seine männlichen Opfer eine große Genugthuung, um so mehr noch, als Se. Kaiserliche Hoheit mit vollem Interesse ganz eingehende Besichtigung hielt und mehrfach in liebenswürdigster Weise seine Anerkennung aussprach. Ermutigt durch die Leutschaft seines hohen Besuches, bat Dr. Puschel darum, ihm einige photographische Ansichten des Hauses und verschiedener Gegenstände nach Berlin senden zu dürfen. „Ich, die nehme ich mit Vergnügen — sagte der Kronprinz — aber wozu schicken, die nehme ich gleich selber mit.“ Und so nahm er die Bilder an sich. Dagegen versprach Se. Kaiserliche Hoheit dem Dr. Puschel, ihm sofort nach seiner Rückkehr nach Berlin von dorther den Dolch Körners, der in seinem Besitz befindlich, für das Museum zu senden.

\* Ein Waisenknabe, Karl Milowski aus Schneidemühl, stand kürzlich in Berlin vor Gericht weil er bei arger Kälte in einen Wagon erster Klasse der kal. Ostbahn gekrochen war und sich mit den Vorhängen die nackten Füße umwickelt hatte. Die „Volks-Zeitung“ schreibt nun aus Berlin: „Von der Hand einer gütigen Unbekannten ist uns ein Geschenk für den verwaisten Knaben eingesandt worden. Leider waren unsere Nachforschungen über den Verbleib desselben bei der Polizeibehörde von schlechtem Erfolg gekrönt. Der bestrafte Knabe wurde am 8. d. M. entlassen und von der Aufsichtsbehörde ausgewiesen. Sollte irgend eine Behörde oder sonst ein Leser etwas über den Aufenthalt des Knaben erfahren, so bitten wir um gesällige Nachricht.“

Verantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wasner in Posen.  
Für das Folgende übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

### Telegraphische Nachrichten.

Berlin, 24. Februar. Das Abgeordnetenhaus berieb den Etat des Ministers des Innern. Im Laufe der Debatte stellte der Minister des Innern die von Laßler angeregte Besetzung des Oberverwaltungsgerichts mit definitiven Mitgliedern in Aussicht, indem er die provisorische Besetzung nur als Übergangszustand bezeichnete. Der Minister brachte gleichzeitig das Kompetenzgesetz ein und beleuchtete dessen Bestimmung und Tragweite. Im weiteren Verlaufe der Sitzung trat der Minister den von dem Zentrum gegen die Polizeiverwaltung Berlins erhobenen Beschwerden entgegen. Alle Etatsposten bis auf den geringen für morgen zurückzubliebenen Rest wurden bewilligt.

Breslau, 24. Februar. Die „Schlesische Zeitung“ meldet aus Breslau, daß die Weichseldniederungen meilenweit unter Wasser stehen. Die Einwohner fliehen massenhaft. Der Eisenbahndamm zwischen Gottschallowitz und Döbischitz steht unter Wasser. Der Personenzug der Oberschlesischen Bahn ist gestern Nachmittags bei Gleiwitz entgleist. Mehrere Personen sind verunglücht.

Magdeburg, 24. Februar. Die Deiche bei Monplaisir, Pömmelte und Glinda im Kreise Calbe sind von der Hochwasser durchbrochen, die Hälfte der Grafschaft Barby bereits unter Wasser gesetzt. Große Not ist in Aussicht.

Als beständiges und reizmilderndes Mittel bei Katarrhalischen Affektionen ist eine Abköhlung von Isländisch Moos von jeher anerkannt worden, die jedoch durch den bitteren übel Geschmack schwer zu nehmen ist. Dieser werthvolle Arzneistoff in einer angenehmen und bequeme Form zu bringen, hat sich Herr Apotheker Karl Engelhard in Frankfurt a. M. zur Aufgabe gestellt und es ist ihm gelungen, eine Isländische Moos Pasta herzustellen, welche sich durch lieblichen, nicht zu süßen Geschmack auszeichnet und bei häufigem Genuss den Magen nicht stört. Die Verpackung in Schachteln ist derart, daß das Präparat, wenn es nicht allzu großer Feuchtigkeit ausgesetzt ist, keine Veränderung erleidet. Die Isländische Moos-Pasta hat sich in kurzer Zeit in allen Teilen Deutschlands, sowie des Auslandes eingeführt, dieselbe wird von den Aerzen mit Vorliebe verordnet und ist in den meisten Apotheken zu haben.

### Petroleum

(Primawaare),

a Liter 2½ Sgr., 13 Liter 1 Thaler, bei

Posen, Breslauerstraße 38.

H. Klug'

### Geschlechtskrankheiten,

Hautkr., Syphilis, selbst die hoffnunglosesten und verzweifeltesten Fälle, heile ich brieflich nach der neuesten Heilmethode ohne jede Berufstörung. Desgl. Onanies und deren Folgen: Schwächezustände, Pollutionen und alle Unterleibsleiden.

Dr. Marmannik,  
Berlin. Prinzenstrasse 62.

Geheime Frauenkrankh. Weiss-  
fluss, Regelstör. etc. heilt discret Specialarzt Dr. Helm-  
sen, Berlin. Hedemannstr. No. 3.  
Ausz. briefl.

Damen, die in Verschwiegenheit  
entbinden wollen, finden liebvolle Aufnahme und Pflege,  
sowie Rath u. Hilfe in allen  
diskreten Angelegenheiten.

Frau Stubbe, Berlin,  
Grobensstr. 31, 1 Tr. Ging. u. d. Ede.

### Neue Akademie der Tonkunst

Berlin N. W.,  
Gr. Friedrichstrasse 94,

unweit der Linden.

Am 1. April beginnt der neue Kursus. 1. Elementar- und Kompositionsslehre; 2) Methodik; 3) Pianoforte; 4) Solo- u. Chorgesang; 5) Violine; 6) Violoncello; 7) Partitur und orchestrales Klavierspiel; 8) Quartettklasse; 9) Chorklasse; 10) Orchesterklasse; 11) Geschichts der Musik; 12) Deklamation; 13) Italienisch.

Mit der Akademie steht in Verbindung

### ein Seminar

zur speziellen Ausbildung von Klavier- und Gesanglehrern und Lehrerinnen.

Ausführliches enthält das durch die Buch- und Musikalienhandlungen und durch den Unterzeichner zu beziehende Programm.

Berlin N. W., im Februar 1876.

### Überblick der Provinzial-Aktien-Bank des Großherzogthums Posen

am 23. Februar 1876.

**Aktiva:** Metallbestand M. 989,650; Reichs-Kassenscheine M. 2340;  
Noten anderer Banken M. 396,800; Wechsel M. 4,543,140; Lombardsforderungen M. 944,850; sonstige Aktiva M. 675,410.

**Passiva:** Grund-Kapital M. 3,000,000, Reserve-Fonds M. 692,130; umlaufende Noten M. 2,621,030; sonstige täglich fällige Verbindlichkeiten M. 779,600; sonstige Passiva M. 1090.

Weiter begebene, im Inlande zahlbare Wechsel M. 312,430.

### Die Direction.

### Provinzial-Actionenbank des Großherzogthums Posen.

Zu der auf Montag den 13. März d. J.,

Vormittags 11 Uhr,

in unserm Geschäftskoal, Friedrichstrasse Nr. 8, anberaumten ordentlichen Generalversammlung werden die Actionaire unserer Bank unter Bezugnahme auf § 30 des Statuts vom 20. December 1875 hierdurch ergeben eingeladen.

### Tagesordnung:

- 1) Geschäftsbericht für das verflossene Jahr.
- 2) Ergänzungswahl für das durch den Tod ausgeschiedene Mitglied des Aufsichtsrats, Herrn Julius Bräse.
- 3) Antrag auf nachträgliche Einlösung präcludirter Noten.
- 4) Wahl von 3 Kommissionen zur Prüfung der Bilanz und Vergleichung mit den Büchern und Scripturen der Gesellschaft, um rechtindend der Direction Decharge zu ertheilen.

Die Einlaß- und Stimmarten können von den nach § 31 des Statuts berechtigten Actionären am 10. und 11. März d. J. in den Vormittagsstunden von 10 bis 12 Uhr im Bankskoal in Empfang genommen werden.

Posen, den 17. Februar 1876.

### Die Direction.

Ziegler.

### Kur- Ober-Salzbrunn im schles. Gebirge.

Für Lungen-, Rüströhren- und Unterleibs-Kranken.  
Versendung der mildbärenden, altheilenden Heilquellen Oberbrunnen und Mühlbrunnen während des ganzen Jahres; sowohl direkt von hier wie zu beziehen durch jede Mineralwasser-Handlung des In- und Auslandes. Saison-

Öffnung am 1. Mai, Schlaf 30. September. Großartigste Molken- und Bade-Institutionen. Kuren mit Kräuterwässern. Vergnügungs-Einrichtungen größerer Kur-Dörte. Herrliche Gebirgsgegend mit mildem Klima. (H. 2152)

Fürst Pleß-sche Brunnen-Inspektion.

### J. J. Hirschberg, Bankgeschäft, Berlin N., Friedrichstr. 125,

empfiehlt sich zum An- und Verkauf von Börsen-Effecten und bewilligt Vorschüsse darauf, sowie auf solid Hypotheken etc. Ich übernehme das Incasso von Wechseln am hiesigen Platz und rechne bei Domizil nur 1% Provision.

### Hopfen-Wurzel

(Fechter, Sezlinne)

empfiehlt zum nächsten Frühjahrs-Anbau aus den besten Saazer Stadt- und Bezirks-Lagen der Gefertigte. Auskünte über Behandlung und Anbau werden bereitwillig ertheilt und wird rechtzeitige Bestellung anempfohlen. Beste Referenzen über den Erfolg der bisher durch mich bezogenen Fechter stehen zur Seite

**Heinrich Metzger,**  
Agent für Saazer Hopfen und Fechter in Saaz, Böhmen.

### Bekanntmachung.

Die in unserem Firmenregister unter Nr. 69 eingetragene Firma Joseph Jozewicz in Krotoschin ist erloschen.

Krotoschin, den 19. Februar 1876.

Königliches Kreis-Gericht.  
Erste Abtheilung.

### Bekanntmachung.

Der Kaufmann Meyer Michaelis Schwarz zu Kosten hat für seine Ehe mit der Otilie Fischel durch Vertrag vom 1. April 1870 die Gemeinschaft der Güter und des Erwerbes ausgeschlossen und ist dies in unser Register der ärmsten Verwandten seiner zweiten Frau Josephina geb. Herbstowfa. Rente ist bei weiblichen Verwandten bis zum 20. für männlichen Verwandten längstens bis zum 24. Lebensjahr zahlbar. Für den Fall, daß die Linie der Verwandten der Josephina Herbstowfa erloschen, oder unter denselben sich ein Bedürftiger befindet, hat auf die vorerwähnte Rente der ärmste Verwandte und ist dies in unser Register der ersten Frau des Nieslawski — Anna geb. Krzyzak — unter denselben Bedingungen zu beanspruchen.

Die Verwaltung der Stiftung ist dem ehemaligen Erzbischof von Posen und auf Grund des § 9 Geiges vom 20. Mai 1874 auf übergegangen.

Der bisherrige Inhaber der qu. am 14. April d. J. sein 24.

am 14. April d. J.

## Holz-Auction.

Am Montag und Dienstag, den 28. u. 29. Febr. d. J., von früh 11 Uhr ab sollen im Gathause in Bythin aus dem diesjährigen Einstieg des Forstreviers Bythin unter den im Termine selbst bekannt zu machenden Bedingungen nach dem Meistergesetz circa 350 Stück Eichen-

Nutzholzer

verkauft werden.

Miodasko, 16. Febr. 1876.

## Die Forstverwaltung.

Montag

den 28. Febr. d. J.

10 Uhr Vormittags, wird in den Kurniker Forsten auf dem Revier Czmoń I. eine Licitation von

180 Stück Kiefern (starkes Bauholz) stattfinden.

## Forstverwaltung.

Futtermittel aller Art, als: Wicken, Erbsen, Lupinen, Mais, Roggen, Gerste, Weizen, Kleie, Roggencleie, Raps- und Leinuchen &c. offerirt (W. 383.)

S. A. Krueger.

## Junge Weizbuchen

n verschiedenen Größen zu Alleen, Thaußen, Wegebäume und Hcken sind zu haben in Nagornik-Mühle per Gonswa bei

A. Omann.

## Obstbäume.

Die Gärtnerei zu Solacz b. Posen empfiehlt zur Frühjahrspflanzung eine große Auswahl

hochstämmiger Apfel-, Birnen- und Süßkirschen-

bäume

in den edelsten Sorten. Ferner französisches Zwergobst, auch Johannisbeeren, Stachelbeeren, Weinreben &c. &c.

Preis für 100 Hochstämme 100 M.

Bei Bestellungen unter 25 Stück pro

Stück 1 Mark 25 Pf.

Dominium Gowarzewo bei Schwersenz offerirt 1000 Scheffel gute Dabersche Kartoffeln. Ablierg. ev. Bahnhof Gondec.

Seit dem 21. c decken auf der Königlichen Beschäftestation Sédan die Hengle

Saul, Percheron, 1,73

Centimeter,

Kraft, 1,63 Centimeter, Strouhberg, 1,67 Centimeter groß.

Springgeld pro Hengst 9,50 Mark.

Gesucht wird ein Doppel-Pony mit leichter sicherer Gangart.

Gef. Off. sub A. Fraustadt postlagernd franco.

Auf Dom. Wiesianowo bei Janowitz stehen

8 selle Stiere zum Verkauf.



Vorschriftemäßige Dienstsiegel à 4 Mark und Stempel à 6 Mark für kathol. Pfarrgemeinden empfiehlt

E. Klug.

Posen, Breitenauerstr. 38.

Dr. Christison's Zahntropfen à 25 Pf. nur in Eisner's Apotheke.

Dom. Konary bei Görchen (Pr. Posen) verkauft wegen Vergrößerung der Schafherde ca. 250 Stück junge, zur Zuchtaugliche Muttern, Ramboillet-Kreuzung.

Abnahme am 1. Juli er. Besichtigung kann sofern erfolgen.

## Ausverkauf

sämtl. Seidenwaren, Samtete und schwarzwollener Cashemir.

zu billigen festen Preisen im Hotel du Nord, 1 Trepp hoch.

Das Geschäftsrat und Ladeneinrichtung sind daselbst zu vermieten.

Elegante Masken-Dominos sind zu haben bei F. W. Mewes,

Markt 56.

## Original

Borner Breitfämaschine mit und ohne Transporte für 1 und 2 Pferde anzuwenden, sowie Ipfertige Kleefämaschinen empfiehlt

## E. Drewiz.

Eisengieherei u. Fabrik landwirtschaftlicher Maschinen.

## Horn.

Zeichnungen sowie Gebrauchsanwei-

sungen werden auf Wunsch franco und gratis zugesandt.

Kiefernsaamendrillmaschinen gegen Handsaat 30% Saamen und Arbeitskraftersparniss empfiehlt

## E. Drewiz.

Eisengieherei u. Fabrik landwirtschaftlicher Maschinen.

## Horn.

Zeichnungen sowie Gebrauchsanwei-

sungen werden auf Wunsch franco und gratis zugesandt.

Eiserne Tauchepumpen,

zu Bauzwecken, Schlempe, Maische ebenso vorzüglich, ganz neues System à Stück 32 M. Wiederber. ges. bei

Gleiwitz, Grünberg S.

## VEGEBREIT-

Siehe empfiehlt Wunsch, Wilhelmstraße 21, Mylius Hotel.

Böh. Fasanen, le-

bende Hummern, fr. Gänseleber-Pasteten,

frische Salate u. Radieschen, fr. u. geräuch. Rheinlachs, Almeria-

Weintrauben, italien. Apfel und französ. poires Duchesses

## empfiehlt

Jacob Appel,

Wilhelmstr. 9.

Poln. Porter,

100 fl. exkl. Glas 15 Mark, empfiehlt in vorzüglicher Qualität

Gustav Wolff, Breitestr. 12.

für eine renommierte Weinhandlung Stettins wird ein tüchtiger

Agent gesucht.

Offerten sub S. 1207a an die Annoncen-Expedition von Haasestein & Vogler in Stettin beten.

Hannoversche

Krieger-Denkmal-Loose.

Ziehung am 27. März 1876.

1. Hauptgewinn

10,000 Mark baar.

1. Gewinn à 5000, 4 à 1000 M. &c.

706 Geld-Gewinne.

Außerdem 35 Original-Delgemälde im Gesamtwerthe von 12,000 Mark.

Preis des Loses 3 Mark.

Die General-Agentur

B. Magnus, Hannover.

St. Martin Nr. 28, 2. Etage, ist

zum 1. April er. eine Wohnung von 4 großen Zimmern, Küche u. Nebengel. zu vermieten.

Ein Laden

auch eine Wohnung zu vermieten

Breitestraße 12.

St. Martin Nr. 46 ist in der

2. Etage eine Wohnung von 4 Zimmern, Küche, Speisekammer und Mädchengeräum. nebst Zubehör vom 1. April zu vermieten. Näheres beim Eigentümer.

Nur bis zum 18. April!

## Circus Renz

auf dem Kanonenplatz zu Posen.

Einem hochgeehrten Publikum Posens und Umgebend die ergebene Anzeige, daß ich mit meiner ganzen Gesellschaft Anfang des Monats März in Posen eintreffen und bis zum 18. April nur einen Cyclus von Vorstellungen geben werde. Meine Gesellschaft besteht aus circa 300 Personen, darin ein Ballet mit 40 hübschen jungen Damen, eine vorzügliche Kapelle von 30 Musikern, ebenso 60 Handwerker verschiedener Professionen. — Mein Stall besteht aus 125 Pferden der edelsten Rasse, ferner 30 Thieren, als: Elefanten, Kamele, Straße, Giraffen, Lamas, Känguruhs, Antilopen, Gazellen &c.

Zu freundlichem Besuch ladet ergebenst ein

E. Renz, Direktor.

## 2 unmöblirte eleg. Borderzimmer

sind Wilhelmsstraße 7, im Beyleischen Hause, 3. Etage, rechts, vom 1. April ab zu vermieten. Näheres Markt 48, in der Eisenhandlung.

St. Adalbert Nr. 3 ist eine Wohnung, 3 Stuben und Küche, zu verm.

Ein Herr sucht ein freundliches Zimmer, möbl. oder unmöbl. ungefähr in der Gegend der St. Martinkirche. Adressen mit Preisangabe beliebe man in der Expedition d. Z. unter C. M. niederzulegen.

Tüchtige Rockschneider finden sofort Beischäftigung bei M. Graupe, Wilhelmstraße 17.

Wir suchen einen jungen Mann mit guter Schulbildung als Lehrling zum baldigen Antritt.

Posener Kredit-Verein, eingetragene Genossenschaft, Comtoir: Wilhelmstraße 12.

Ich suche zum sofortigen Antritt einen Lehrling mos. Konfession unter günstigen Bedingungen.

D. Kempner, Wein-, Colonial-Waren- u. Cigarrenhandlung in Grätz, Provinz Posen.

Für meinen Sohn, welcher das Material- und Destillations-Geschäft in Posen erlernen will, suche eine derartige Stellung.

Gutsbesitzer Voßberg auf Oldrychowo bei Markowiz.

Ein gew. Commis sucht z. 1. April Stell. als Buchhalter oder als Detailist in Drogen-, Farben- und Kolonialwarengeschäfte. Ges. Off. sub S. M. 27 postlag. Posen.

Eine Dame, mit der dopp. Buchführ. vertraut, sucht z. 1. April Stell. Ges. Off. werden unter A. M. postl. Rawitsch erbeten.

Ein anständiges Mädchen in gesetzten Jahren, das schon mehrere Jahre auf dem Lande fungirt hat, mit der feinen und sämtil. Landwirtschaft und Bäckerei gut vertraut ist, wünscht Stellung auf dem Lande.

Posen, Wilhelmstraße Nr. 25, 1 Tr.

A. Scholz.

Ein junger Mann wünscht als Beschäftigung schriftl. Arbeiter jeder Art zu übernehmen. Off. sub S. 7. postl. Posen erbeten.

Eine anst. Heirathsvermittlerin wolle sich melden sub S. A. 31 postlagernd Posen.

Reelles Heirathsgesuch.

Eine junge Dame, welche in gezwungenen Verhältnissen lebt, wünscht auf diesem Wege sich zu verheirathen. Herren, welche auf dieses Gesuch reagieren, belieben ihre Adressen unter A. S. 3 postlagernd Posen niederzulegen.

Für die Mitglieder der Loge.

Sonnabend, den 26. Februar d. J.

Pick-nick.

M. 1. III. 7 A. J. 1

Der auf den 26. c angekündigte Tanzverein findet nicht statt wegen Mangel an Begeistigten.

Nochacki, Tanzlehrer.

Neue Betschule.

Sonnabend, den 26. d. Beginn des Gottesdienstes 8 Uhr und der Predigt des Gemeinde-Rabbins Herrn Dr. Feilchenfeld 10 Uhr.

Der Vorstand.

Familien-Nachrichten.

Statt besonderer Meldung. Die Geburt einer Tochter zeigt ergebenst an Posen, den 23. Februar 1876.

Stadtrath Dr. Loppe.

Durch die Geburt eines kräftigen Knaben wurden hoherfreut.

Theophil Davidsohn u. Frau.

Meine Vermählung mit Fräulein Marie Adolph. Tochter der verwitweten Frau Oberamtmann Rosalie Adolph in Hosialkowice, berührt mich ergebenst anzuzeigen.

Beuthen, Oberhessen.

J. Majorka, Magistrats-Sekretär.

Am 23. d. entchlief sanft nach langen schweren Leiden unser theurer Vater, der K. Schugmann a. D.

Joseph Szymbauski.

Dies zeigen allen Freunden und Bekannten, um still Theilnahme bittend, an die tief betrübten Hinterbliebenen.

## Dankdagung.

Für die so vielfach bewiesene Teilnahme an dem Begräbniss meiner verstorbenen Frau Pauline Schütt Schmidt spreche ich hierdurch Alles meinen Dank aus.

H. Schütz, Maler.

## Auswärtige Familien-Nachrichten.

Berlobt. Fr. Friederike Grossheim mit Hrn. Otto Klamit in Spandau und Berlin. Fr. Clara Jaeneke mit H